Deutsche Post AG
Postvertriebstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 3/2017, 55. Jahrgang • www.express-afp.info • www.labournet.de/express • ☎ (069) 67 99 84 • ISSN 0343-5121 • Preis: 3,50 Euro

Freiheit, Opfer, Dämonen

Slave Cubela zum 100. Jahrestag der Russischen Revolution

Die russische Revolution hat einen Berg von Literatur provoziert und zum hundertsten Jahrestag wird er noch größer werden. All diese Bücher, all diese Texte, all diese Zeichen bedecken inzwischen die Ereignisse, die Februar 1917 im zaristischen Russland ihren Ausgang nahmen, wie eine gigantische semantische Decke. Und je weiter die Zeit voranschreitet, umso mehr gleicht diese Decke einem Leichentuch. Einem Leichentuch, das in der Beschreibung und Erklärung doch lediglich die endgültige Beerdigung der Russischen Revolution im kollektiven Gedächtnis anstrebt. Nicht die Auslöschung im strengen Sinne ist dabei das Ziel, sondern eine abgeklärte Distanzierung des Andenkens. Wie der Physiker einen herabfallenden Apfel, so sollen Gegenwart und Zukunft in der Russischen Revolution nur noch ein abstraktes Objekt sehen, eine Kette menschlicher Irrungen und Wirrungen, an der man sich zwar intellektuell ausprobieren kann, die uns aber sonst nichts mehr sagen soll.

Dieser Text – wie ironisch – möchte diese Beerdigung etwas hinauszögern helfen. Und zwar insofern, als er die entscheidenden Subjekte der Russischen Revolution, die bis zum heutigen Tag häufig genug in den Hintergrund vieler Darstellungen gerückt wurden und werden, in den Mittelpunkt stellt, um die Leidens- und Opferbereitschaft dieser Subjekte, aber auch ihre Schwächen zumindest am hundertsten Jahrestag der Russischen Revolution hervorzuheben und deren Bedeutung für die zukünftige Geschichte zu reflektieren. Wer sind diese Subjekte? Vergessen wir, so schwer es fällt, all die Namen der vermeintlich »großen« Individuen der Russischen Revolution wie Kerenski, Lenin, Trotzki, Stalin und wie sie alle heißen, aber auch Nikolaus II. Sie meine ich nicht.

Freiheit

Die Subjekte, ja die Helden der Russischen Revolution, die dieser Text würdigen will, waren die »einfachen« Menschen, die sich 1917 aufmachten, Geschichte im Namen der Freiheit zu machen.

Dieser Aufbruch zur Freiheit war nie monolithisch, er kannte viele Gestalten, viele Tonlagen, viele Zeitpunkte, viele Wendungen. Je nach Entwicklung der Russischen Revolution nahm er Gestalt an. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich hier einige der Protagonistinnen und Protagonisten zumindest für den kurzen Augenblick der Lektüre auf jene große Bühne der Freiheit hieven, auf der seit 1917 die vermeintlich großen Individuen stolzieren. Da waren die Petrograder Textilarbeiterinnen, deren Streik am internationalen Frauentag, dem 23. Februar 1917 nach dem damals in Russland geltenden julianischen Kalender, den Anstoß für die Februarrevolution und den Sturz des Zaren gab. Da waren selbstverständlich die Arbeiter, die nicht nur während des Revolutionsjahres 1917 in Bewegung blieben, sondern findig wie etwa die Eisenbahnarbeiter die Gegenrevolution auch auf Distanz hielten, indem sie Soldatenzüge umleiteten oder Schienen sabotierten. Da waren die desertierten Soldaten, Kosaken und Polizisten, die mit diesem Überlaufen nicht nur die zaristische Staatsmacht schwächten, sondern zugleich mit den bewaffneten Arbeitern die Revolution trugen. Da war die Machno-Bewegung, die das Machtvakuum der Revolution nutzte, um zwischen 1918 und 1921 ihre basisdemokratische Vorstellung von Freiheit ein gutes Stück weit zu verwirklichen. Da waren die Bauern, die sich z.B. im Tambower Bauernaufstand (1920-1922) unter roter Flagge gegen die gewaltsamen Getreideenteignungen der Bolschewiki wehrten und dabei ihre Freiheit des Brotes und der Reproduktion eine Zeitlang so erfolgreich verteidigten, dass ihre Guerilla-Taktik von der Roten Armee kopiert wurde. Da waren die Kronstädter Matrosen, der »Ruhm und Stolz der Russischen Revolution« (Trotzki), die 1921 leidenschaftlich versuchten, die Freiheit vor der Parteidiktatur zu retten. Da waren die indigenen Völker wie z.B. die Chanten, die ihre traditionelle Lebensweise selbstbestimmt beibehalten wollten, und die sich dann im Kasymer Aufstand (1931-1934) sogar gegen den vermeintlichen Fortschritt der erzwungenen Sesshaftwerdung zur Wehr setzen. Da waren die kleinen und großen Widerständigkeiten der Bauern gegen die Zwangskollektivierung unter Stalin, die diese nicht aufhalten konnten, aber ihnen halfen, ein wenig Würde zu bewahren. Da war die rote Armee, eine Revolutionsarmee, die zwischen 1941 und 1945 nicht nur den deutschen Truppen und der Vernichtung durch Zwangsarbeit und Endlösung erfolgreich trotzte, sondern darüber hinaus wesentlich die Freiheit Europas zu sichern half, indem sie die Hauptlast des Kampfes gegen das sog. Dritte Reich trug. Da waren schließlich die Verbannten und Verurteilten des Archipel Gulag, die immer wieder durch Proteste und Hungerstreiks gegen ihre bolschewistischen Unterdrücker kämpften und z.B. zwischen 1953-54 in Norilsk, Workuta und Kengir regelrechte Lageraufstände zu organisieren in der Lage waren.

Aber ist diese Aufzählung legitim? Werden in ihr nicht Befürworter und Gegner der Russischen Revolution unzulässiger Weise miteinander in Verbindung gebracht? Findet so nicht gar eine Relativierung der Schuld der Täter auf Kosten der Opfer statt? Eine Relativierung ist hier nicht intendiert, und von Opfern und Tätern wird gleich die Rede sein. Hier geht es um Rehabilitierung, und zwar um die Rehabilitierung der heute Vergessenen, Namenlosen, Anonymen, der so oft belächelten sogenannten Massen. Denn in all diesen Beispielen waren es »einfache« Menschen aus dem scheinbar furchtbar rückschrittlichen Gebiet Russlands bzw. der UdSSR, die sich in schwierigen oder aussichtslosen Situationen mit Unterdrückung und Gewalt nicht abfinden wollten, denen die Freiheit in der einen oder anderen Form also ein so kostbares Gut war, dass sie sich in Bewegung setzten, kämpften, über sich hinaus

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

IG Metall: »Juristischer Sieg für Leiharbeiter« – BAG spricht Leiharbeitern umfangreiche Nachzahlungen zu S. 7

»Krankenhaus statt Fabrik« – Bündnis gegen die Kommerzialisierung der Krankenhäuser S. 8

Hugo Claus: »Inflationsausgleich und ein bisschen mehr« – Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder S. 11

Elmar Wigand: »Ungeahnte Konkurrenz« – SPD und AfD buhlen um »Arbeitnehmer« S. 13

BETRIEBSSPIEGEL

Michael Clauss: »Personalchef gegen Kaffeekultur« – Streit bei Daimler Untertürkheim S. 9

FreundInnen der Selbstbestimmung: »Die Maschine in uns stürmen?« – Aufruf zum ›Schwarzen Freitag‹ für Amazon S. 10

André Halfenberg: »Abfindung für was?« – Gut bezahlte Fehlentscheidungen in der Autoindustrie S. 10

»Viel Arbeit, gute Nerven und ein Systemfehler« – Ein Verkäufer berichtet aus dem Arbeitsalltag bei IKEA S. 15

INTERNATIONALES

Slave Cubela: »Freiheit, Opfer, Dämonen« – Zum hundertsten Jahrestag der Russischen Revolution S. 1

Dan DiMaggio / Sonia Singh: »Wir haben Amerika groß gemacht« – Zehntausende streiken am »Tag ohne ImmigrantInnen« S. 2

Valery Alzaga: »Symbolisch reicht nicht mehr« – zum »Tag ohne uns«, seiner Vorgeschichte und seiner Lehren S. 4

GEW Bayern: »Sofort wieder einstellen!« – Protest gegen neuerliche Entlassungswelle in der Türkei S. 4

DIDF: »Schluss mit der Kriminalisierung!« – Gegen die Verfolgung kurdischer AktivistInnen in Deutschland S. 6

Chris Brooks: »Kein Menetekel« – Gewerkschaftsorganizing gescheitert bei Boeing in South Carolina S. 6

»Feminismus für die 99 Prozent « – Interview mit Keeanga-Yamahtta Taylor über den Frauenstreik in den USA S. 7

Ralf Kliche: »Probleme am Boden« – Privatisierung der griechischen Flughäfen bereitet Fraport Schwierigkeiten S. 9

LESERBRIEF

Wilfried Schwetz: »Bösartiger Verriss« – zu Rudolf Walthers Eribon-Rezension S. 12

Bildnachweise

Die Bilder dieser Ausgabe wurden von Fabian Melber aufgenommen, der im Juni und Juli 2016 als Fotograf an Bord der Sea-Watch 2 vor der libyschen Küste unterwegs war. Die Schiffseigner schreiben über sich und ihre Arbeit: »Die zivile Seenotrettung durch Organisationen wie Sea-Watch rettet Menschenleben, ist aber nur eine kurzfristige Symptombekämpfung angesichts eines grundsätzlichen europäischen Problems – der Abschottung Europas. Mit unserer Aktion setzen wir uns für die Schaffung von legalen und sicheren Fluchtwegen ein. Außerdem muss es eine gemeinsame europäische Seenotrettung geben, um weiteres Sterben zu verhindern.« Sea-Watch finanziert sich ausschließlich aus Spenden – weitere Informationen finden sich unter www.sea-watch.org.

Wir bedanken uns beim Fotografen für die freundliche Überlassung der Bilder.

Wir haben Amerika groß gemacht

Zehntausende streiken am »Tag ohne ImmigrantInnen« – von Dan DiMaggio und Sonia Singh*

ArbeiterInnen in der Geflügelproduktion in Arkansas, LagerarbeiterInnen in Brooklyn, Reinigungskräfte, Dachdecker in den Zwillingsstädten Minneapolis und St. Paul sowie Tausende Studierende z.B. in Grand Rapids/Michigan und Charlotte/North Carolina: Sie alle waren unter den Zehntausenden, die am 16. Februar, dem *Day without Immigrants,* zu Hause geblieben sind. Mit dem Aktionstag, für den über die sozialen Medien und die informellen Netzwerke von immigrierten ArbeiterInnen mobilisiert worden war, reagierten diese auf Donald Trumps Ankündigung, die Verfolgung von Menschen ohne Papiere dramatisch auszuweiten, und auf die Welle von Razzien der Immigrations- und Zollbehörden (*Immigration and Customs Enforcement*, ICE) in der vorangegangenen Woche.

»Sie nennen uns Kriminelle und Vergewaltiger«, sagt Jose Flemate, Mitglied des *Local 96* der Dachdeckergewerkschaft in St. Paul/Minnesota, der gemeinsam mit seinen Kollegen am Streik teilnahm. »Aber das sind wir nicht – wir sind auf der Suche nach einem besseren Leben in die USA gekommen. Wir haben hart gearbeitet und Amerika aufgebaut.« Ligia Guallpa, Organizerin des *Worker's Justice Project* (WJP) in Brooklyn, betont: »Wir wollen den Leuten zeigen, dass diese Stadt nicht mehr funktionieren würde, wenn wir nicht da wären, um zu bauen, zu kochen und zu putzen.«

Die Kunde breitet sich aus wie ein Buschfeuer

In den meisten Regionen sind die Streiks nicht von Organisationen koordiniert worden – und sogar langjährige OrganizerInnen waren von ihrem Ausmaß überwältigt. »Im Moment ist die Bewegung der Organisierung definitiv voraus«, sagt Susan Kikuchi, Organizerin des *Centro de Trabajadores Unidos en Lucha* (CTUL) in den Twin Cities. Auch Jorge Mujica, Organizer beim Worker Center *ARISE* in der Region Chicago, war darauf nicht vorbereitet: »Es kommt völlig überraschend, wenn Dich jemand anruft und sagt: ›Wir sind 120 Beschäftigte und haben dem Arbeitgeber schon gesagt, dass wir am Dienstag nicht kommen werden.‹« Nachdem *ARISE* eine Reihe solcher Anrufe von ArbeiterInnen bekommen hatte, die ihren Boss bereits um den freien Tag gebeten hatten und nun wissen wollten, wo sie sich treffen sollten, beschloss das Worker Center, eine Aktion zu koordinieren. Mit weniger als zwei Tagen Vorlauf kamen 3.000 Leute im Chicagoer Union Park zusammen.

Der Restaurantbeschäftigte Jose (seinen Nachnamen wollte er nicht nennen), Mitglied des *Chicago Workers' Collaborative*, hat vom *Day without Immigrants* in den Nachrichten gehört. FreundInnen machten den Streik über die sozialen Medien bekannt. »Die Leute haben gesagt: ›Geh nicht arbeiten, kaufe nichts ein, geh nicht in die Schule.‹« Viele seiner FreundInnen und Familienmitglieder sind nicht zur Arbeit gegangen. »Die vorherrschende Stimmung war: ›Es reicht uns. Und es ist uns ziemlich egal, ob sie uns feuern.‹« Das war das erste Mal, dass er an einer Demonstration oder einem Protest teilgenommen hat.

Auch Jose Flemate entschloss sich zu streiken, nachdem er eine Ankündigung in den sozialen Medien gesehen hatte: »Ich habe gesagt: Seht Euch an, was in der muslimischen Community geschehen ist. Sie haben sich innerhalb weniger Stunden [nach Trumps Einreiseverbot] organisiert. Sie haben sich zusammengeschlossen und der Welt und den Medien gezeigt, dass sie ihre Rechte verteidigen. Warum sollten also nicht auch wir uns vereinen und unsere Rechte gemeinsam verteidigen?« Davon konnte er drei Kollegen in seinem Dachdeckerbetrieb überzeugen. »Die Jungs sagten: ›Klar, wir müssen unsere Rechnungen bezahlen und wir haben Familien, aber es ist sehr wichtig, hier mitzumachen.‹« Vor dem mexikanischen Konsulat sammelten sich die ArbeiterInnen und StudentInnen. Auf dem Weg in die Innenstadt von St. Paul schlossen sich weitere Leute an. Nach Flemates Schätzung liefen um 13 Uhr 3.000 bis 4.000 Leute am Capitol von Minnesota ein – obwohl niemand zu einer Demonstration aufgerufen hatte.

In Portland/Oregon kündigten lokale Latino-Radiosender den Streik an und forderten die Zuhörer auf, sich ihm anzuschließen. Obwohl dabei keine Organisation die Führung übernommen hatte, gab es laut Romeo Sosa vom *VOZ Workers' Rights Education Project*, einer Tagelöhner-Organisation in Portland, eine Reihe von Demonstrationen, und viele Geschäfte mussten schließen. *VOZ* berichtet, dass die Stimmung momentan von Angst, oft sogar von Panik dominiert sei. Gerüchte über Razzien gegen ImmigrantInnen machten die Runde und trieben die Beteiligung am Streik in die Höhe. *VOZ* hat eine Razzien-Hotline eingerichtet und mobilisiert Teams für Notfallunterstützung.

Fernando Garcia vom *Northwest Arkansas Workers' Justice Center* berichtet, dass die Organisierung in seiner Gegend über Mundpropaganda und online stattgefunden habe, vor allem über Facebook. Seiner Schätzung zufolge machten in dieser Region, die in der Geflügelproduktion weltweit führend ist, um die fünfzig Betriebe von Latinos und Immigranten an diesem Tag dicht, um den Streik zu unterstützen. Das Zentrum öffnete seine Türen, damit sich streikende ArbeiterInnen treffen und Strategien diskutieren konnten. Die Streikenden berieten, wie man das nächste Mal mehr KollegInnen zum Mitmachen mobilisieren könnte. »Nicht alle haben sich am Streik beteiligt«, so Maria Araujo, die in einer Geflügelfabrik arbeitet. »Wir müssen also mehr Leute ins Boot holen. Ich habe meine Kinder heute bewusst nicht zur Schule geschickt. Als Mutter ist es mir sehr wichtig, ihnen zu zeigen, dass wir für unsere Belange aufstehen müssen.«

Das Recht auf Organisierung

OrganizerInnen haben sich sehr ins Zeug gelegt, den Beschäftigten ihre Rechte zu erklären. Kikuchi bezieht sich auf ihre bisherigen Erfahrungen mit der Organisierung von Streiks: »Wir wussten, dass die Arbeitgeber Vergeltung üben würden.« Daher hat das CTUL auf Facebook eine Anleitung gepostet, wie sich die Beschäftigten besser gegen Repres-

Milwaukee macht dicht

Ein massiver *Day without Latinos, Immigrants and Refugees* am 13. Februar in Milwaukee, koordiniert von der ImmigrantInnenrechtsgruppe *Voces de la Frontera*, inspirierte Menschen im ganzen Land. Nach Schätzungen von *Voces* marschierten 30.000 Menschen in die Innenstadt, und Busse brachten UnterstützerInnen aus 25 Städten in ganz Milwaukee ebenfalls dorthin. Auslöser für den Streik war die Befürchtung, dass Milwaukees Bezirkssheriff David Clarke, ein großer Trump-Unterstützer, die Polizei im County anweisen werde, papierlose ImmigrantInnen zu verhaften.

Unmittelbar nach der Wahl im November begann *Voces*, auf Massenversammlungen die Stimmung in der Community abzufragen. »Wir wollten wissen: ›Wärt Ihr bereit, nachhaltigere Aktionen von mehreren Tagen oder mit Wiederholungen zu organisieren?‹«, berichtet Christine Neumann-Ortiz von *Voces*. »Die Antwort war ein überwältigendes Ja.«

Das war der sechste Streik, den *Voces* seit 2006 organisiert hat. Sein Erfolg verdankt sich teilweise dem Unterstützernetzwerk von Kirchen und kleinen Unternehmen, das im Anschluss an den *Day without Latinos* im Februar 2016 entstanden war – damals aus Protest gegen ein neues Gesetz, das die sogenannten »Zufluchtsstädte« in Milwaukee bestraft, wenn sie der Polizei nicht gestatten, Leute nach ihrem Immigrationsstatus zu fragen und papierlose Menschen zu verhaften.

Voces ruft nun dazu auf, die Aktionen zu steigern bis hin zu einem landesweiten *Day without Latinos, Immigrants and Refugees* am 1. Mai, mit dem Trump aufgefordert werden soll, all seine Präsidentenverfügungen zur Immigration zu widerrufen. Gleichzeitig baut die Organisation ihr Netzwerk für Notfallunterstützung auf, indem sie Kirchen als Zufluchtsorte für papierlose ImmigrantInnen gewinnt, »Kenne Deine Rechte«-Trainings durchführt und Druck auf lokale Behörden macht, die Zusammenarbeit mit der nationalen Immigrationsbehörde ICE einzuschränken.

Weitere Informationen unter vdlf.org.

Fortsetzung von »Freiheit, Opfer...«, Seite 1

wuchsen, siegten, verloren. Ihr großer und erstaunlicher Freiheitsdrang war das Beste der Russischen Revolution. Ihn gilt es deshalb trotz der semantischen Decke des Kommunismus, aber auch des Anti-Kommunismus, Totalitarismus, Sozialismus, Leninismus, Trotzkismus, Stalinismus, Bolschewismus, Menschewismus, Anarchismus, Internationalismus etc., nicht aus dem Blick zu verlieren. Ihn gilt es, dieses Jahr durch eine tiefe Verbeugung zu würdigen.

Opfer

Dies auch deshalb, weil man heute, wo die Freiheit an jeder Straßenecke scheinbar leicht zu kaufen ist, gerne vergisst, dass sie einst eine schöne und zugleich schaurige Göttin war. Denn Libertas verlangte Opfer, und sie war dabei trotz ihrer Schönheit nie wählerisch, sondern stets eitel. Egal also, ob es die Verächter der Freiheit, die Konterrevolutionäre waren, ob die Überzeugungstäter der Freiheit, die Revolutionäre, ihr Leben gaben oder ob es die Unbeeindruckten, die Desinteressierten traf – Opfer war Opfer, was kümmerten Libertas die Motive der Sterblichen. Anders ist dies jedoch, wenn man als Linker auf die Russische Revolution blickt. Dabei fällt auf, dass die radikale Linke für die Konterrevolutionäre zu Recht ein begrenztes Mitleid hat, sie die »großen« Revolutionäre stets in Erinnerung zu halten sucht – doch es fällt ihr schwer, ihr Verhältnis zu den unschuldigen Opfern der Freiheit zu bestimmen.

Dies zum einen, weil diese unschuldigen Opfer der Russischen Revolution wie ein halb verdrängter Alp auf jeder radikalen linken Politik der Zukunft lasten, da sie schlicht unangenehme Fragen aufwerfen, denen Linke wie jeder Mensch gerne ausweichen. Beispielsweise: Gestehen wir überhaupt zu, dass es unschuldige Opfer links-emanzipativer Praxis im Rahmen der Russischen Revolution gab? Wenn wir dies eingestehen, wie viel Verantwortung haben wir als Linke, uns auch dieser Opfer zu erinnern? Was ist in dieser Hinsicht von Marx zu halten, wenn er im 19. Jahrhundert schrieb, dass erst *nach* der erfolgreichen sozialen Revolution der Fortschritt nicht mehr wie ein heidnischer Gott seinen Nektar aus den Schädeln Erschlagener trinken wird? Können wir die Welt radikal verändern, ohne zukünftig unschuldige Opfer in Kauf nehmen zu müssen – oder ist das eine naive Vorstellung?

Es sind jedoch nicht nur diese unangenehmen Fragen, die hier keineswegs suggestiv gestellt werden, um irgendwie unterschwellig die unschuldigen Opfer der Russischen Revolution pauschal der Linken anzulasten. Auch der anhaltende Versuch der politisch Rechten und Liberalen, diese Opfer gegen die Linke in Stellung zu bringen, um so linker Radikalität den Stachel zu ziehen, erschwert die Auseinandersetzung der Linken mit diesem Aspekt ihrer Geschichte. Meines Erachtens wäre aber der hundertste Jahrestag der Russischen Revolution eine gute Gelegenheit, um sich an diesem »Spiel« der Rechten und Liberalen nicht mehr zu beteiligen, also diese unschuldigen Opfer eben nicht zu leugnen, sie schnell »anderen« Fraktionen der Linken zuzuordnen oder sie gar in komplizierten Rechnungen mit Opfern der Rechten oder des Liberalismus zu vergleichen. Diese Politik mit Toten sollten wir zumindest am hundertsten Jahrestag der Russischen Revolution den bürgerlichen Kräften überlassen. Stattdessen wäre es ein bemerkenswertes Zeichen, wenn die Linke diesen Jahrestag zum Anlass nehmen könnte, um sich in der einen oder anderen Form auch all der Wehrlosen und politisch Unbeteiligten zu erinnern, die sicher ein nicht unerheblichen Teil jener zehn Millionen Toten sind, die allein die Russische Revolution und der anschließende Russischen Bürgerkrieg (1918-1924) forderten. Dabei geht es nicht nur darum, das besonders tragische, weil unfreiwillige Unglück dieser Individuen anzuerkennen und zu helfen, die entsprechenden Individuen dem Vergessen zu entreißen – auch die Hemmschwellen für linksradikalen Zynismus könnte man so deutlich erhöhen.

Dämonen

Kehren wir abschließend wieder zu den Helden zurück. Helden sind keineswegs Menschen, denen Angst fremd ist, sondern sie sind Menschen, die ihre Angst zu einem gegebenen

sionen schützen können, z.B. indem sie ihrem Boss per Brief, SMS oder Email mitteilen, warum sie streiken, Forderungen ans Management stellen und klarstellen, dass sie am Tag nach dem Streik wieder zur Arbeit kommen werden.

Das *WJP* in Brooklyn versorgte streikbereite Mitglieder telefonisch mit ähnlichen Informationen. »Wir haben vielen Mitgliedern erklärt, was ›geschützte konzertierte Aktivitäten‹ sind und dass sie den Zusammenhang zwischen ihrem Streik und den Bedingungen am Arbeitsplatz aufzeigen müssen«, berichtet Guallpa. Nach US-Arbeitsrecht haben Beschäftigte das Recht, sich kollektiv zu organisieren, um Probleme am Arbeitsplatz zu thematisieren. Das beinhaltet auch das Recht zu streiken, ohne dafür entlassen zu werden. »Sagt Eurem Boss, dass Ihr nicht einfach aus politischer Überzeugung streikt, sondern wegen der Bedingungen in Eurem Job«, empfiehlt Guallpa den Streikwilligen, »sagt ihnen, dass es bei Eurer Aktion um bessere Löhne geht, um Gesundheit und Arbeitsschutz.« Das Zentrum schlug den ArbeiterInnen sogar vor, auf Facebook zu posten, dass sie einen Streik planen, um auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen – damit sie ihre Motive später belegen könnten, falls der Arbeitgeber versuchen würde, Vergeltung zu üben.

Vergeltung

Dennoch wurden wegen ihrer Teilnahme am Streik über 100 ArbeiterInnen im ganzen Land gefeuert, darunter 30 Maurer in Commerce City/Colorado, 21 Beschäftigte eines Bootsbauunternehmens in Lexington/South Carolina sowie 12 Köche in einem Restaurant in Catoosa/Oklahoma.

In vielen Fällen ist es Worker Centers und Einwandererorganisationen jedoch gelungen, genügend Druck in der Community aufzubauen, um die Arbeitgeber von Vergeltungsmaßnahmen abzuhalten, z.B. bei der Chicagoer Lebensmittelkette Pete's Market. Am 15. Februar postete ein Beschäftigter einen Brief, den er und seine KollegInnen vom Management erhalten hatten. Darin wurde gedroht, jeden für eine Woche zu suspendieren, der am nächsten Tag nicht zur Arbeit kommen würde. *ARISE* reagierte prompt mit einem Schreiben an Pete's Market, in dem sie klarstellten, dass die Aktion der Beschäftigten vom Arbeitsrecht gedeckt ist. Gleichzeitig machte der ursprüngliche Post in den sozialen Medien die Runde, begleitet von einem Boykottaufruf. Zweieinhalb Stunden später gab das Unternehmen bekannt, es werde am nächsten Tag sechs Geschäfte geschlossen lassen, um den Beschäftigten die Teilnahme am Aktionstag zu ermöglichen.

Insgesamt scheint das Ausmaß an Repressionen im ganzen Land eher niedrig gewesen zu sein. So hatte Kikuchi mehr Vorfälle befürchtet, als es dann tatsächlich gab. Die dennoch Betroffenen aus acht Betrieben in seiner Community unterstützt das CTUL in der für solche Fälle üblichen Weise: Die OrganizerInnen machen mit ihnen einen Plan. Meist wird zunächst direkt der Boss angerufen. »Viele Arbeitgeber hatten noch nie mit Streiks zu tun«, erklärt Kikuchi. »Wir sagen ihnen, dass dieser Streik legal und geschützt ist, und dass die Community ein Auge darauf hat.« Viele Arbeitgeber machen bereits auf diese Ansage hin einen Rückzieher. Wenn nicht, organisiert das CTUL eine Gruppe von UnterstützerInnen, die die Beschäftigten zur ersten Schicht nach einem Streik begleitet. So konnten bislang fünf von den acht Fällen im Sinne der Beschäftigten gelöst werden. Drei Fälle sind noch in der Schwebe. Obwohl das CTUL und andere Worker Centers alles tun, damit ArbeiterInnen zu ihrem Recht kommen, ist es letzten Endes »die Unterstützung der Community, die die Beschäftigten schützt und zurück in den Job bringt, nicht das Gesetz«, lautet das Fazit von Kikuchi.

Die Beschäftigten müssen sich darauf verlassen können, dass die Organisationen ihnen gegen Repressionen des Arbeitgebers den Rücken stärken, betont Christine Neumann-Ortiz von *Voces de la Frontera*, selbst wenn es nicht immer gelingt, dass sie ihre Jobs zurück bekommen. »Wir haben den Leuten geholfen, neue Arbeit zu finden, ihre Arztrechnungen und ihre Miete zu zahlen. Den Beschäftigten selbst ist es wichtig, ihre Geschichten zu erzählen.« Dennoch sagt sie, es habe bei den sechs *Day without Immigrants*-Aktionen, an denen *Voces* seit 2006 beteiligt war, relativ wenige Vergeltungsmaßnahmen gegeben.

Einen Riesen wecken

Im Laufe des Tages mussten Geschäfte im ganzen Land ihre Türen schließen, und die Klassenräume blieben halb leer. In Grand Rapids/Michigan, der Heimatstadt der neuen US-Bildungsministerin Betsy DeVos, blieben so viele SchülerInnen zuhause, dass der Schultag nicht gezählt wird. Isabel Castillo, Mitglied des *WJP* und Reinigungsarbeiterin in Brooklyn, behielt ihren Sohn zuhause. Als sie ihn, so berichtet sie, am nächsten Tag wieder zur Schule brachte, »reagierten die Leute sehr emotional. Wir fühlten uns behandelt wie menschliche Wesen. Wir haben einen Arbeitstag verloren, aber einen großen Schritt nach vorn gemacht.«

Mehrere Organisationen rufen zu einem landesweiten *Day without Immigrants* am 1. Mai auf, darunter *Voces* in Milwaukee, die *SEIU United Service Workers West* sowie *Women's March* in Kalifornien und *Cosecha*, das landesweite Netzwerk papierloser ImmigrantInnen. »Wir sind überzeugt, dass die Strategie eines jeweils die ganze Community umfassenden Generalstreiks ein zentrales Instrument sein muss«, sagt Neumann-Ortiz von *Voces*. »Ich denke, die eingewanderten ArbeiterInnen wissen trotz allem um ihre Macht am Arbeitsplatz. Sie wissen, welchen ökonomischen Wert sie produzieren.«

»Der Riese erwacht wieder«, ist Jorge Mujica von *ARISE* überzeugt. »Es fühlt sich an wie 2006. Die Community ist bereit, etwas zu tun, bereit zu handeln.«

Übersetzung: *Anne Scheidhauer (TIE Bildungswerk e.V.)*

** Dan DiMaggio ist Co-Herausgeber, Sonia Singh Organizerin und Redakteurin der Labor Notes.*

Quelle: Labor Notes online vom 23. Februar 2017

Geneigte Leserinnen und Leser,

mitten in die heiße Phase der Fertigstellung dieser Ausgabe fiel der 8. März, der Internationale Frauentag. Während sich allerorten Reaktionäre in Stellung bringen, um ein Vater-Mutter-Kind-Idyll zurückzubringen, das noch nie Wirklichkeit war, das aber nichtsdestotrotz geeignet ist, allerlei Phantasie über die zersetzende Macht des Feminismus freizusetzen, zeigen sich auch die Kräfte von Vernunft und Emanzipation erfreulich lebendig. Nicht zuletzt in den USA, wo schon die Amtseinführung des mächtigsten Sexisten der Welt von beeindruckenden Protesten begleitet war. Gegen die unverhohlene Frauenfeindlichkeit des Präsidenten und gegen die Damen, die sich nicht zu schade sind, sich ihm als Staffage anzudienen, formierte sich am 21. Januar ein riesiger *Women's March* in Washington. Am 8. März wurde weiter gemacht: Keeanga-Yamahtta Taylor erzählt von den Vorbereitungen und den Verbindungen des Frauenstreiks zu den afroamerikanischen Kämpfen gegen die grassierende Polizeigewalt.

Nicht minder wütend sind viele in den USA, dem Einwanderungsland *par excellence*, über rassistische Verschärfungen des Aufenthalts- und Einwanderungsrechts. Der 16. Februar wurde daher zum Streiktag, zum Tag ohne Latinos, MigrantInnen und Flüchtlinge erklärt. Auch dieser Aufruf fand beachtliche Resonanz, wie Dan DiMaggio und Sonia Singh berichten. Im Interview mit Valery Alzaga ist zu erfahren, welche aktivistische Vorgeschichte solche Aktionen haben.

Die hoffnungsvollen Zeichen der Rebellion sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch lange nicht ausgefochten ist, wie finster die Welt noch werden kann. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung hat nach wie vor wenig Anlass für überschwänglichen Optimismus. Macht die rechtsradikale Regierung ihre Drohung wahr, die arbeitsrechtlichen Besonderheiten der Südstaaten aufs ganze Land zu übertragen, wird das Alltagsgeschäft der betrieblichen Interessenvertretung weitere üble Rückschläge verkraften müssen. Von den Problemen unter diesen Bedingungen zeugt der Bericht von Chris Brooks über die verlorene Anerkennungswahl beim Flugzeugbauer Boeing – trotz allem hat er aber ein paar Hinweise parat, was gewerkschaftliche Alternativen zur Kapitulation vor der ganzen Scheiße sein könnten. Venceremos!

Zeitpunkt überwinden. Aber diese Angst ist deshalb nicht verschwunden. Im Gegenteil. Angst und Freiheit sind nicht von ungefähr seit jeher enge Weggefährtinnen und wenn die Freiheit eine schöne und eitle Göttin war, so ist die Angst ein Geist, ein Monster, ein Dämon, der viele Gestalten annehmen kann und der sich gerne von jenen Fragen nährt, die beim Innehalten nach dem Rausch der Befreiung die Helden quälen.

Wie hätten diese Fragen im Verlauf der Russischen Revolution ausbleiben können, als sich bitter unterdrückte Menschen nach dreihundert Jahren Zarenherrschaft mit solcher Verve der Freiheit zuwandten? Einige Fragen dieser Helden lauteten wahrscheinlich: Wie soll die neue Ordnung der Freiheit, die klassenlose Gesellschaft, für die wir kämpfen, aussehen? Wird unsere Revolution den Freiheitsdrang der anderen Völker inspirieren, so dass sie der Anfang einer Weltrevolution sein wird? Wie groß ist die Gefahr, dass durch ausländische Interventionen unsere ganze Mühsal, unser Mut vergeblich war? Müssen wir im Kampf für eine klassenlose, basisdemokratische Gesellschaft nicht zumindest am Anfang den Sieg mit allen erdenklichen Mitteln anstreben? Ist eine schnelle Industrialisierung unseres Landes nicht wünschenswert? Sollten wir ihr nicht alles unterordnen, um so Hunger und Not in Russland schnell zu beenden? Sorgt eine revolutionäre Partei nicht für Sicherheit in diesem Prozess, da wir durch sie Irrwege vermeiden, effizient auf die vielen Gegner der Revolution reagieren können und wir mit ihr das Tempo der sozialen Umgestaltung hoch halten? Doch auch: Was ist eine soziale Revolution wert, wenn ich immer mehr aufpassen muss, was ich wem wann sage?

Entscheidend ist: Die weltgeschichtliche Katastrophe der Russischen Revolution war die Unfähigkeit ihrer treibenden Kräfte, die Angst, die in diesen Fragen steckte, zu erkennen, sie in ein soziales Klima der Offenheit zu betten, um so den Dämonen der Angst ihre verheerende und entstellende Wirkung zu nehmen. Insbesondere die sogenannten Führer der Russischen Revolution hätten hier eine wichtige Funktion spielen und wie die »einfachen« Menschen zu Helden werden können. Doch sie scheiterten. Statt zu Helden wurden sie selber zu Dämonen, indem sie mit der Angst der Arbeiter, Bauern, Soldaten, indigenen Völker, Gefangenen und kritischen Geister Politik machten, sie diese Angst ausnutzten, beförderten, auf die Spitze trieben, statt sie aufzufangen und auf die Kraft, die Phantasie, die Findigkeit ihrer revolutionären Völker zu setzen. Parteidiktatur, Geheimpolizei, Tötungen Andersdenkender, Terror, massenhafte Zwangsarbeit, rücksichtslose Kollektivierung, Schauprozesse, der zynisch-naive Pakt mit Hitler – ohne Zweifel legten die »einfachen« Menschen mit ihrer Angst den Grundstein für all dies, die Helden tragen einen Teil der Schuld. Aber sie alle, die Lenins, Trotzkis, Stalins, Bucharins, Radeks, Kollontais etc., nutzten diese Grundsteinlegung gnadenlos aus und bauten auf diesem Grundstein das Haus der bolschewistischen Schreckensherrschaft. Sie und ihre Helfer waren diejenigen, die die Russische Revolution zu einer Revolution der Angst und Paranoia machten.

Wenn es sich am hundertsten Jahrestag der Russischen Revolution überhaupt noch lohnt, über diese sogenannten Revolutionsführer nachzudenken, dann deshalb, um ihre Politik der Angst zu studieren. Dieses Studium ist bitter nötig. Denn auch heute noch sieht die Mehrzahl linker Führungsfiguren beim Blick auf ihre Basis vor allem deren Angst und Führungsbedürftigkeit. Und auch heute nehmen sie diese Schwäche als unveränderbar an, statt sie durch Vertrauen in diese Menschen, Offenheit, radikale Demokratie und Mut zum möglichen Scheitern nach und nach abzubauen. Zwar verbreiten sie keine Schrecken. Aber sie kungeln in Hinterzimmern, treffen einsame Entscheidungen, behalten Informationen für sich, und Eigenaktivitäten ihrer Basis sind ihnen suspekt. Ähnlich wie die »großen« Köpfe der KPdSU wollen sie so Niederlagen vermeiden und ähnlich wie diese bemerken sie dabei nicht, wie wenig ihre vermeintlichen Siege tatsächlich noch Siege der Linken sind. Zum hundertsten Jahrestag der Russischen Revolution rufen wir ihnen deshalb mit Paulo Coelho zu: Lernt endlich, dass Siege wie Niederlagen zum Leben eines jeden gehören – außer zum Leben eines Feiglings!

** Slave Cubela arbeitet für eine große deutsche Gewerkschaft und lebt in Frankfurt/M.*

Symbolisch reicht nicht mehr

Valery Alzaga über den »Tag ohne uns«, seine Vorgeschichte und seine Lehren

Bereits 2006 war es in den USA zu einem großen MigrantInnenstreik gegen Verschärfungen des Aufenthalts- und Einwanderungsrechts gekommen. Valery Alzaga war daran als Organizerin im Reinigungsgewerbe beteiligt. Inzwischen lebt und organisiert sie in Großbritannien. AktivistInnen der »Transnational Social Strike«-Plattform aus Italien haben sie im Vorfeld des diesjährigen Aktionstages »One day without us« zu ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragt.

Der Mayday von 2006 in den USA war der erste große MigrantInnenstreik: Millionen demonstrierten und blockierten einen großen Teil der amerikanischen Wirtschaft. Der Hauptgrund war der Widerstand gegen ein neues Gesetz, das MigrantInnen ohne Papiere kriminalisieren sollte. Wie darf man sich die Entwicklung vorstellen, die zu diesem Tag geführt hat?

Vor 2006 gab es jahrzehntelanges Organizing in großen Städten, dort, wo auf die Arbeit von MigrantInnen nicht verzichtet werden kann: im Dienstleistungsbereich, in Reinigungsunternehmen (wie in meinem Fall), im Nahrungsmittelsektor, in der häuslichen Arbeit und in der Landwirtschaft. Der harte gesetzliche Angriff gegen die MigrantInnen ließ uns keinen anderen Ausweg.Es ging uns nicht nur um unsere eigene Sicherheit, sondern um unsere Familien in den Heimatländern, die wir versorgen. Für uns MigrantInnen ist es wichtig, dass wir keine Opfer sind, sondern zu sehen, wie groß unser Beitrag zur Wirtschaft ist. Die Märsche, die wir damals organisierten, haben uns unsere Macht bewusst gemacht, mit vielen gemeinsam unsere Stimme hörbar machen zu können. Wir haben Modelle dafür entwickelt, Solidarität aufzubauen. Es geht auch um ein betriebsübergreifendes Konzept von Gewerkschaftsbewegung, wo Leute nicht nur demonstrieren, sondern auch die Wahlentscheidung von Mitgliedern mit Papieren beeinflussen können.

Verschiedene Entwicklungen haben zu diesem Tag geführt, zum Beispiel die Bewegung »Si Se Puede« (Ja, man kann) in den 1970er Jahren. Die Kampagne hatte auch unterschiedliche Schwerpunkte: Das Bündnis »Wir sind Amerika« und Parolen wie: »We didn't cross the border, the border crossed us« (Nicht wir haben die Grenze überschritten, sie hat uns überschritten / betrogen – »to cross« heißt überqueren, aber auch betrügen) verwiesen auf jeweils andere Aspekte in der Debatte. Wie war die Bewegung und was hat sie erreicht?

Es gab viele Spannungen und lange, schwierige Verhandlungen mit der Demokratischen Partei über die Legalisierung der Papierlosen. Ein Resultat des Mayday war das Gefühl, aus der Defensive heraus zu kommen und die Legalisierung wirklich erreichen zu können. So ist es aber nicht gekommen. In der Bewegung gab es Leute, die sehr kritisch denjenigen – besonders in den Gewerkschaften – gegenüberstanden, die die Verhandlungen führten. Dann gab es Organisationen, die fanden, wir sollten überlegter auftreten und mehr auf die Straße gehen. Wir hätten viel mehr tun können, um zu zeigen, dass es nicht nur eine kritische Masse von MigrantInnen gibt, sondern auch maßgebliche Persönlichkeiten, die sie unterstützen, darunter auch Arbeitgeber und Politiker, die glauben, dass eine Legalisierung möglich und nötig ist.Es ist uns jedoch gelungen, die schlimmsten Punkte des Gesetzesvorhabens abzuwehren und in einzelnen Bundesstaaten und Städten Verbesserungen durchzusetzen. Zum Beispiel haben wir erreicht, dass Papierlose einen Führerschein bekommen und das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen können, ohne dass ihr Aufenthaltsstatus überprüft wird. Die sogenannten *Sanctuary Cities* (Zufluchtsstädte) wie San Francisco, Los Angeles oder New York verhalten sich fortschrittlicher als die Regierung in Washington. Sie verteidigen das Recht der MigrantInnen, gleichberechtigte BürgerInnen zu sein. Wir haben immerhin wichtige Räume erobert, in denen MigrantInnen eine Stimme haben und Stimmen mobilisieren können.

Welche Rolle spielte der Streik selbst?

Der symbolische Streik funktioniert nicht als eintägiges Großereignis. Er funktioniert nur als sich kontinuierlich steigernder Prozess, bei dem immer wieder kleine Siege errungen werden. Wir müssen auf allen Ebenen arbeiten: in den Gemeinden, Städten, Bundesstaaten, landesweit und global. Der Streik ist nur eines unserer Mittel, wenn auch ein sehr wichtiges. Große Aktionstage kann man anstreben, sie müssen aber ein lokales, ein spezifisches Anliegen haben, auch wenn das eigentliche Ziel darin besteht, mehr Leute zu mobilisieren. 2006 gab es viele Aufbauaktionen, viel lokale Organisationsarbeit, viel Medienarbeit – der Höhepunkt war der »Tag ohne uns«, er war aber keine Eintagsfliege.

Ein Aktionstag kann neue Räume eröffnen, eine größere Sichtbarkeit schaffen und die Grenzen des Arbeitskampfs verschieben. Der Migrantenstreik am 1. Mai 2010 in Italien warf neue Fragen auf, zum Beispiel: Wie kann jemand streiken, der Heimarbeit macht oder in einem privaten Haushalt arbeitet? Was können wir in dieser Hinsicht vom May Day 2006 lernen?

Der Streik war gesellschaftlich verankert, es war ein sozialer Streik: Studierende nahmen teil, Kirchengemeinden, einfach alle. Das war kein passiver Streik. Wer sich um die Kinder kümmern musste, forderte vom Arbeitgeber, frei zu bekommen oder drohte damit, die Kinder zur Arbeit mitzubringen. Große Firmen wurden gebeten, die Beschäftigten an den Protesten teilnehmen zu lassen. Da gab es dann zwar ein Zeitlimit, die Erlaubnis wurde aber oft erteilt. Manche gingen einfach nicht zur Arbeit: »Ich werde doch nicht um Erlaubnis fragen! Das ist unser Tag!« Da gab es viel Wagemut, aber da wir das Risiko gemeinsam eingingen, wurde es für alle kleiner.

Auch ein einzelner Tag kann den Diskurs verschieben, ein sozialer Streik ist aber sicherlich breiter angelegt als ein Arbeitsstreik. Ein Arbeitsstreik funktioniert heutzutage nicht ohne sozialen Schutzmechanismus. Es bedarf einer selbstorganisierten Logistik.

Reden wir über Deine Erfahrungen als Organizerin in Europa. Was ist ähnlich wie in den USA, was ist anders?

Die Arbeit der MigrantInnen ist in Europa sehr wichtig geworden. Im Moment mache ich Organizing im Pflegebereich. In diesem Bereich sind auch viele deutsche Arbeitskräfte beschäftigt, aber es gibt auch zunehmend MigrantInnen, die in der Pflege arbeiten. viele Deutsche, aber es gibt einen Zustrom von MigrantInnen. In dieser sehr prekären Branche kommen MigrantInnen und Einheimische miteinander in Kontakt. In Europa ist es schwieriger, die Stärke von MigrantInnen zu zeigen, da die Gewerkschaften nicht gewohnt sind, in diesem Bereich zu arbeiten. Es fällt ihnen schwer, den prekären Dienstleistungsbereich zu organisieren, in dem die meisten MigrantInnen arbeiten. Sie sind eher in einer Umgebung tätig, in der es stabile Anstellungsverhältnisse gibt.

Wir wollen MigrantInnen und Einheimische im selben Sektor organisieren, gemeinsam gegen die wachsende Fremdenfeindlichkeit und gegen die Demagogie kämpfen, die MigrantInnen für den Sozialabbau verantwortlich macht.

Derzeit versuche ich, die Beschäftigten eines Krankenhauses in einer Gegend zu organisieren, wo sehr viele für den Brexit gestimmt haben. Dort ist man auf die Ärzte und Krankenschwestern aus der EU oder anderen Länder angewiesen. Wir versuchen nun, sie in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Außerdem wollen wir, dass alle zusammen den EU-Ausländern bei der »Remain« (Bleibe)-Kampagne helfen. Eine neue Regelung besagt, dass alle, die weniger als 35.000 Pfund im Jahr verdienen, das Land verlassen müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Ausländer davon ausgenommen werden. Es müssen viele Berufssparten aus der Regelung ausgenommen

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Widersprüche 143

Sprache und Sprechen in der Sozialen Arbeit

2017 - 158 Seiten - 15,00 €
ISBN: 978-3-89691-013-2

In ***Widersprüche143*** werden die Anlässe und Zielsetzungen der um das Jahr 2000 einsetzenden „neuen Sprachkritik" in der Sozialen Arbeit untersucht, Ansätz einer historisch-materialistischen Sprachkritik der 60er/70er Jahre aufgenommen und weiterentwickelt. Sprechen und Sprache von Fachkräften werden konversationsanalytisch reflektiert und die „Wissenschaftssprache" wird unter die Lupe genommen.

Widersprüch- Abonnement: keine Ausgabe verpassen, weniger bezahlen!

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Sofort wieder einstellen!

GEW Bayern zur Entlassungswelle in der Türkei

Die GEW Bayern fordert die sofortige Wiedereinstellung der in der Türkei entlassenen Kolleginnen und Kollegen und ruft GewerkschafterInnen und AkademikerInnen an den Hochschulen dazu auf, den Aufruf zu unterzeichnen.

Am 7. Februar 2017 wurden in der Türkei erneut 4.464 Personen, darunter 330 AkademikerInnen aus den Universitäten, aus dem Staatsdienst entlassen. So setzt sich die Entlassungswelle in den Monaten des Ausnahmezustandes fort. Schon bisher sind seit dem Putschversuch im vergangenen Juli zehntausende LehrerInnen, ProfessorInnen und Lehrbeauftragte, JuristInnen und andere AkademikerInnen entlassen worden. Wie KollegInnen aus der Türkei berichten, basieren diese Entlassungen auf Verdacht und Intrigen. Es liege kein gerichtlicher Beschluss für die Entlassungen vor. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen müssten selber beweisen, dass sie unschuldig sind; ob sie überhaupt bei den zuständigen Instanzen Gehör finden, sei ungewiss. Das widerspricht allen rechtsstaatlichen Prinzipien.

Die türkische Regierung will offenbar so vor dem Referendum über die Einführung eines präsidentiellen Systems kritische AkademikerInnen, GewerkschafterInnen – unter ihnen KollegInnen der LehrerInnen-Gewerkschaft Eğitim Sen –, sozialistische, kurdische und andere Oppositionelle unter Terror-Verdacht zum Schweigen bringen. Auch die 115 AkademikerInnen, die bei den vorherigen Entlassungen einen Friedensappell an den türkischen Staat unterzeichnet hatten, seien betroffen. Meinungsfreiheit an den Universitäten der Türkei existiere nicht mehr; geduldet wird offenbar nur, wer sich der zunehmend undemokratischen und repressiv-autoritären Politik der AKP-Regierung unterordnet.

werden, in denen die Beschäftigten unter dem genannten Einkommensniveau bleiben, aber dennoch gebraucht werden.Neben dem Bleiberecht geht es auch um die Renten und eine staatenübergreifende Gesundheitsversorgung. Es gibt auch MigrantInnen mit weniger und solche mit mehr Rechten, die deswegen angegriffen werden. Nicht zuletzt müssen *alle* vor fremdenfeindlichen Attacken geschützt werden. Ich organisiere also MigrantInnen in einem Krankenhaus und tue das inmitten von britischen Brexit-BefürworterInnen – sie sind das, weil sie die Lage falsch analysieren und auch, weil die Gewerkschaften in Bezug auf die Einwanderung keine guten Kampagnen gemacht haben. Es kann also negative Reaktionen geben, weil die Belegschaft polarisiert ist. Die Herausforderung liegt in der bereichsübergreifenden Organisierung: Es braucht eine Kampagne zur Verteidigung des nationalen Gesundheitssystems und der Rechte, die durch den Brexit gefährdet werden. Entscheidend ist dabei, dass mit der Verteidigung der MigrantInnen auch die Verteidigung aller Beschäftigten gegen den zunehmenden Arbeitsdruck einhergeht.

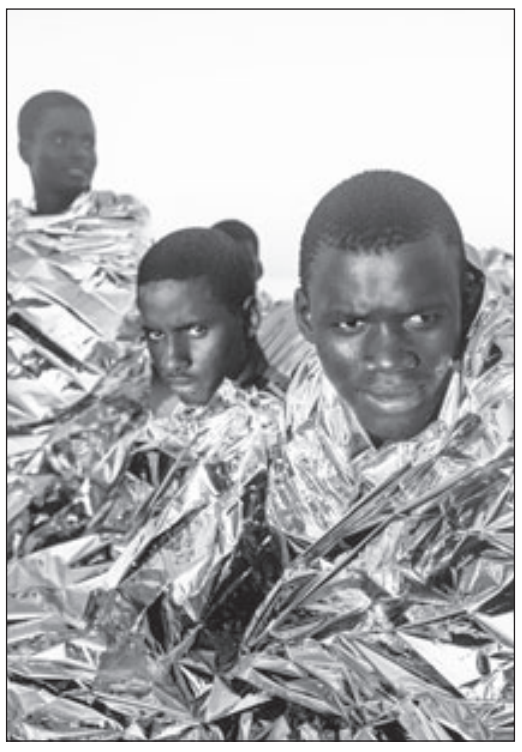
Manche nennen den für den 20. Februar geplanten »Tag ohne uns« in Großbritannien einen Migrantenstreik. Wie siehst Du das und wie kann ein Organizing der Migranten in der Brexit-Ära aussehen?

Die Gewerkschaften unterliegen hier vielen Beschränkungen, wenn es darum geht, einen Streik auszurufen. Ich bin gerade erst hierher gezogen und noch nicht sehr in der Migrantenbewegung außerhalb der Gewerkschaft verankert. Viel wird von den Verhandlungen abhängen. Ich denke, es gibt sowohl Potential als auch Unterstützung. Die Hälfte der britischen Bevölkerung will in der EU bleiben. Die MigrantInnen sind motiviert, aber auch wütend. Die polnischen, spanischen, philippinischen Beschäftigten werden von verschiedenen Organisationen mobilisiert. Da gibt es nicht nur Lobbying, sondern auch gemeinschaftliches Organizing. Wenn morgen eine desaströse Maßnahme angekündigt wird, gehen wir auf die Straße. Ich spüre bei den MigrantInnen den Willen, sich zu bewegen, etwas zu tun und sich zusammenzuschließen.Ein gesellschaftlich verankerter Streik kann helfen, alle Beschäftigten zu organisieren. Migranten sind meist nicht formal in einer Gewerkschaft oder anderen Vereinen organisiert und haben Angst davor, in Aktion zu treten. Ein Streik ist ein großer Schritt, da muss sich erst einiges an Wut aufstauen, und es muss eine klare Hoffnung geben. Die dafür nötige Kraft muss aufgebaut werden, dabei spielen effektives Organisieren, Vernetzung und der Aufbau von Gemeinschaften eine Rolle.

Wir von der Plattform »Transnational Social Strike« diskutieren über die Zusammenarbeit von MigrantInnen und Einheimischen, wobei wir die soziale Dimension des Streiks und die Notwendigkeit einer transnationalen Ebene betonen. Wie siehst Du das Potential für eine »politische Infrastruktur«, die gemeinsame Perspektiven, Ideen und Forderungen entwickelt?

Das brauchen wir mehr denn je, denn das ist ein europäisches Problem. Die Fremdenfeindlichkeit und die Ausgrenzung, die MigrantInnen derzeit erfahren, sind ein europäisches Phänomen und nicht nur etwas, was mit dem Brexit zu tun hat. Wir Linke sind sehr schwach, weil wir schon so lange vergeblich gegen den Neoliberalismus kämpfen. Über symbolische Aktionen hinaus muss es Bereiche geben, wo fortschrittliche Politik an Boden gewinnt. Wir brauchen eine europäische Bewegung. Ich bin voller Hoffnung, trotz Trump, denn wir haben eine progressive Szene und Städte, die gegen ihn Widerstand leisten.Auch in Europa gibt es neben dem Aufschwung der extremen Rechten Städte wie Barcelona oder Madrid, die Hoffnung machen, weil dort die Rechte von MigrantInnen im Mittelpunkt der Debatte stehen. In solchen politischen Räumen können wir auch mehr Rechte für MigrantInnen durchsetzen. Im Sozial- und Pflegebereich prekarisiert das neoliberale Modell die Arbeit und zerstört die soziale Infrastruktur. Der Bereich, der angesichts der alternden europäischen Bevölkerung am meisten gebraucht wird, wird gerade zerlegt. Gerade dort müssen wir gewerkschaftliche Verankerung erreichen.Bei unseren Mobilisierungen muss es auch darum gehen, die Kontrolle über unsere Städte zu bekommen. Wenn wir auf lokaler Ebene Rechte und eine bessere Verteilung des Reichtums erreichen, können wir Gegenmacht aufbauen. In den Niederlanden haben wir begonnen, die Hausarbeit gewerkschaftlich zu organisieren – normalerweise kümmern sich die Gewerkschaften nicht um diesen Sektor. Hier werden jetzt vor allem papierlose Beschäftigte organisiert.

Es ist ein Unterschied, ob ich sage, MigrantInnen sind sich ihres Werts und auch ihrer Macht bewusst und bringen dies zum Ausdruck, oder: MigrantInnen werden von »uns« gebraucht. Glaubst Du nicht, dass wir innerhalb der Arbeiterbewegung einen Diskurs führen sollten, der die gemeinsamen Interessen von einheimischen und eingewanderten Beschäftigten betont?



Ich glaube, dass MigrantInnen an der Spitze des Kampfs stehen können. Sie sind keine Opfer. Aber das ist nicht genug. Wir brauchen Kampagnen, die zunächst einmal Botschaften an uns selbst sind. Wie organisieren wir uns selber als MigrantInnen? Die Botschaft muss maßgeschneidert sein auf das, was wir erleben, was wir wollen und warum wir das wollen. Eine gute Kampagne muss außerdem zu vielen Bevölkerungsteilen sprechen und auch eine Botschaft enthalten, die von den Einheimischen verstanden wird. Unser Publikum soll nicht nur aus den »üblichen Verdächtigen« bestehen, den MigrantInnen, Linken usw. Entscheidend ist, dass wir zeigen, es sind nicht die MigrantInnen für diese Krise verantwortlich. Viele MigrantInnen haben es verinnerlicht, dass sie als Belastung für die Gesellschaft gesehen werden.

Wie steht das alles in Verbindung zu Arbeitskämpfen? Oft wird ja die Arbeit von Migranten dazu benutzt, die Beschäftigten zu spalten.

Es gibt eine Methode, wie man Kampagnen effektiv gestaltet. Wir haben beispielsweise Beschäftigte im Gepäckdienst auf den Flughäfen organisiert. Dort ist die erste Generation der Beschäftigten, Gewerkschaftsmitglieder mit guten Verträgen, eine schrumpfende Minderheit. Die anderen, vor allem MigrantInnen, sind bei Subunternehmen angestellt – ohne Verträge, ohne Gewerkschaft, ohne Rechte. Wir haben auch die Beschäftigten organisiert, die gegen die MigrantInnen waren, da sie in ihren Augen ihre Verträge und Standards unterminierten. Wir mussten sie in einem Raum zusammenbringen, damit sie gemeinsam über ihre Perspektiven reden konnten. Dazu mussten wir eine Analyse der Firma anbieten: Wie wird das Teile-und-Herrsche-Prinzip umgesetzt? Warum tun sie das und wie üben wir kollektiv Druck aus? Wir müssen den Beschäftigten zeigen, wo das Geld hingeht, wie das Auslagern von Arbeit funktioniert, welche Standards dadurch verloren gehen und wie das auch die privilegierten ArbeiterInnen treffen wird, wenn wir nicht gemeinsam dagegen kämpfen.Gleiches Geld für gleiche Arbeit war unsere Parole. Dafür sind viele Kämpfe nötig, es ist ein Prozess. Wichtig war, dass es ein unterstützendes soziales Umfeld gab. Und wir haben versucht, die Botschaft nicht bloß an die üblichen Verdächtigen zu richten, sondern an alle Betroffenen, damit sie verstehen, warum es wichtig ist, die Standards anzuheben. In den nächsten zehn Jahren werden wir auf vielen verschiedenen Ebenen kämpfen. Wichtig ist, dass wir von reaktiv auf aktiv umschalten, von symbolisch auf strategisch in Hinblick auf die finanziellen und politischen Interessen, die hinter der neoliberalen Maschinerie stehen.

Eine englischsprachige Langfassung des Gesprächs ist erschienen auf http://www.connessioniprecarie.org (»Migrants' Strike: An Audacious Moment. An interview with Valery Alzaga, from the 2006 US May Day to present challenges«). Wir danken der Redaktion der Soz – Sozialistische Zeitung für die Überlassung der deutschen Übersetzung, die wir geringfügig ergänzt und geändert haben.

www.Sozialismus.de

Christina Kaindl: SPD – Personal- oder Politikwechsel? | Alban Werner: Merkel und Schulz im Zeitalter politischer Hoffnungsarmut | Onur Ocak: NPD-Verbotsverfahren | B. Sander: Rechtspopulistischer »Plan für die Niederlande« | Euclid Tsakalotos über Griechenland und die EU | Theo Bergmann: Imperialismus versus Koexistenz? China und USA | Dierk Hirschel: Gegenmacht aufbauen | Supplement: EuroMemo 2017

Probeabo (3 Hefte): € 14,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER · 73/2017 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

THEMA_
BRAND-
STIFTER

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

Wenn die AkademikerInnen gegen die Entlassungen protestieren wollen, greife die Polizei, wie z.B. am 10. Februar 2017 in Ankara, brutal ein. Hinzu kommt, dass keiner der Entlassenen zurzeit die Türkei verlassen darf. Das ist eindeutig ein Verstoß gegen die Reisefreiheit.

Die GEW Bayern sieht durch die Entlassung Tausender Lehrkräfte das Grundrecht auf Bildung in der Türkei gefährdet. Auch ein regulärer Betrieb an den Hochschulen und die Freiheit der Wissenschaft und Lehre sind bedroht.

Die Erklärung der Bundesvorsitzenden der GEW vom September 2016 gilt so heute leider verstärkt: »Die türkische Regierung betreibt ihre Politik auf Kosten der Schülerinnen und Schüler. Zehntausende ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer vom Schuldienst zu suspendieren, hat negative Auswirkungen auf den Unterricht und die Qualität der Bildung in der Türkei.«

Inzwischen liegen Berichte vor, dass sich die Verfolgung Oppositioneller auch in Deutschland fortsetzt und auch in Schulen zu Unfrieden und Angst führt. Dies können wir keinesfalls akzeptieren. Wir fordern auch in Bayern die Schulpolitik zu Wachsamkeit auf, um Diskriminierung und Bedrohung entgegenzusteuern.

Die GEW Bayern spricht sich aufs Schärfste auch gegen alle Entlassungen und Inhaftierungen ohne rechtsstaatlich nachgewiesene Schuld aus. Wir fordern die türkische Regierung auf, diese gegen demokratisches Recht verstoßenden Vorgänge rückgängig zu machen und die Verfolgung der Opposition sowie die Repression der Gewerkschaftsmitglieder sofort einzustellen. Auch die inhaftierten HDP-Abgeordneten und JournalistInnen müssen freigelassen und die freie Berichterstattung sämtlicher Medien muss sichergestellt werden.

Im Falle des begründeten Verdachts einer Straftat muss ein faires, rechtsstaatliches Verfahren unter internationaler Beobachtung unter Berücksichtigung international anerkannter Normen garantiert werden.

Wir rufen GewerkschafterInnen und AkademikerInnen an den Hochschulen dazu auf, diesen Aufruf zu unterzeichnen.

Unterschriften bitte an die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern schicken: info@gew-bayern.de

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

GWR 417/Libertäre Buchseiten

www.graswurzel.net/service

Kein Menetekel

Chris Brooks* über Lehren aus der gescheiterten Organisierung bei Boeing

Wenn es bei Trumps Verneigungen vor den sog. kleinen Leuten aus dem »Rust Belt« im Norden der USA um die Interessen der ArbeiterInnen ginge, könnte er im Süden unter Beweis stellen, wie ernst es ihm und seinem Experten-Team damit ist. Seit dem antikommunistisch und antigewerkschaftlich inspirierten Taft Hartley Act der Republikaner von 1947 nutzen rund die Hälfte der US-Bundesstaaten die Möglichkeit, gewerkschaftliche Interessenvertretung durch sog. »Right to Work«-Gesetze zu erschweren. Dabei handelt es sich keineswegs um ein »Recht auf Arbeit«, sondern um eine Reihe von Maßnahmen, die den Gewerkschaften selbst in bereits organisierten Betrieben die Arbeit erschweren – z.B. indem sie von Nicht-Mitgliedern keine Beiträge einziehen dürfen. Diese gesetzlichen Restriktionen werden vor allem in den Südstaaten ergänzt durch ein aktives Union Busting im Vorfeld gewerkschaftlicher Anerkennungswahlen, das diese Staaten nicht nur für US-Konzerne, sondern auch für deutsche Unternehmen attraktiv macht. Alle bisherigen Versuche der Demokraten, etwa durch einen »Employee Free Choice Act«, die Wahlverfahren zu vereinfachen und Gewerkschaften einen Zugang zu Betrieben zu eröffnen, scheiterten am Widerstand der republikanischen Mehrheiten auf Länder- und Bundessebene. Unter GewerkschafterInnen gilt vor diesem Hintergrund das sog. Card Check-Verfahren als einfachere Variante der Vorbereitung einer betrieblichen Erschließungskampagne. Statt einer Abstimmung im Rahmen einer Versammlung, auf der sich mindestens 50 Prozent der Teilnehmer zunächst erstmal entscheiden müssen, ob sie überhaupt eine Wahl durchführen wollen, können Beschäftigte durch Abgabe einer Karte für oder gegen eine gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb stimmen. Doch selbst dieses anonymere Verfahren garantiert nicht, dass eine Erschließungskampagne gelingt – wie nach VW im Jahr 2014 nun das Beispiel Boeing zeigt.

Die Niederlage der MechanikerInnen bei der Anerkennungswahl am 15. Februar war verheerend. Von 3.000 wahlberechtigten ArbeiterInnen im Werk von Charleston, South Carolina, stimmten 2.097 gegen eine Vertretung durch die Gewerkschaft und nur 731 dafür. Aber anders, als so mancher selbsternannte Experte das sehen will, war diese Wahl keine Abstimmung darüber, ob es möglich ist, den Süden der USA gewerkschaftlich zu organisieren oder nicht.

Die MechanikerInnen waren mit einer unerbittlichen Anti-Gewerkschafts-Kampagne konfrontiert. Boeing und eine Lobbygruppe von Unternehmen aus dem ganzen Bundesstaat überfluteten das lokale Fernsehen, Radio, Zeitungen und die sozialen Medien mit Hunderten von Anti-Gewerkschaftsanzeigen. Das Management zwang die ArbeiterInnen zur Teilnahme an Versammlungen, bei denen sie sich *Bloomberg News* zufolge anhören mussten, dass die Produktion nach China verlagert werden könnte, wenn das Werk gewerkschaftlich organisiert würde. Im Pausenraum des Werkes installierten sie sogar eine große Auslage mit Windeln und Babykleidung im Wert von 800 Dollar, um anschaulich zu machen, wie hoch die jährlichen Mitgliedsbeiträge der ArbeiterInnen sein würden. Außerdem hatte die Gewerkschaft in dem Bundesstaat mit dem US-weit geringsten Organisationsgrad mit besonderen Hindernissen zu kämpfen. Nur 1,6 Prozent der ArbeiterInnen von South Carolina gehören einer Gewerkschaft an.

Wenn die Niederlage bei Boeing irgendetwas bedeutet, dann ist sie eine drastische Lektion darüber, wie intensiv das Organizing sein muss, wenn Gewerkschaften in einer feindlichen Umgebung erfolgreich sein sollen.

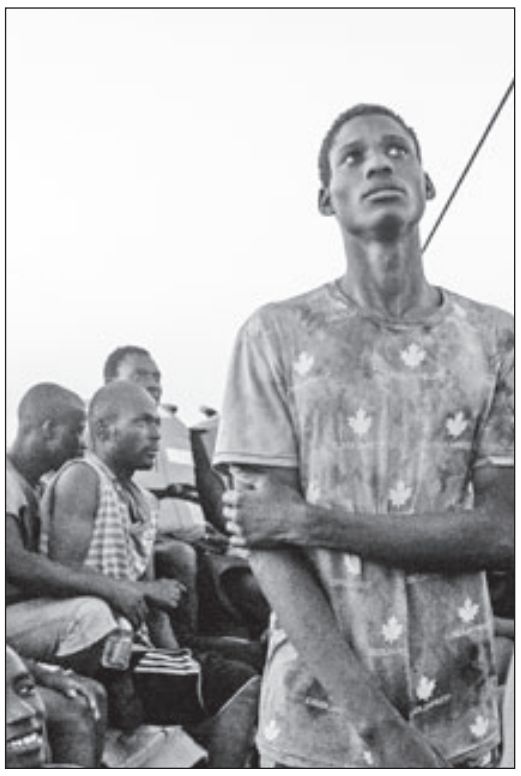
Boeing zweigeteilt

Da der Organisationsgrad im Süden so niedrig ist – und weil die Gewerkschaftsbewegung zur Zeit ohnehin kaum Organisierungskampagnen im großen Stil in Angriff nimmt – gibt es jedes Mal, wenn im Süden eine größere Anerkennungswahl stattfindet, eine Flut an überzogenen Kommentaren zur Bedeutung der jeweiligen Wahlkampagne, so wie in South Carolinas *Post and Courier*, in der die Abstimmung als »größte Niederlage seit Jahrzehnten« für die organisierte ArbeiterInnenbewegung bezeichnet wurde.

In diesem Fall wurde die Symbolkraft dadurch verstärkt, dass Boeing 2009, kurz nach der Verlagerung der Produktion des 787 Dreamliners in den republikanisch beherrschten Süden mit seinen »Right to Work«-Gesetzen, zugegeben hatte, dass es sich um eine Vergeltungsmaßnahme gegen die ArbeiterInnen im Bundesstaat Washington handelte. »Die Unternehmensverantwortlichen machten deutlich«, so der regionale Gewerkschaftsvertreter Larry Brown in den *Labor Notes*, »dass der Hang der organisierten Belegschaft zu streiken ausschlaggebend dafür war, die Endmontage vom angestammten Standort abzuziehen.« Nachdem die Produktion der 787 nach South Carolina gewandert war, ging Boeing weiter und drohte mit der Verlagerung der nächsten Jetliner-Generation über die Mason-Dixon-Linie (die Grenze zwischen Nord- und Südstaaten der USA, *Anm. d. Übers.*), wenn die MechanikerInnen in Washington sich nicht auf Öffnungsklauseln einlassen und Zugeständnisse machen würden.

Der ursprüngliche Vorschlag des Unternehmens wurde einhellig abgelehnt, aber Boeing bereitete einen neuen Schub vor. Beim zweiten Anlauf wurden die Konzessionen von einer knappen Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten, aber zutiefst gespaltenen Belegschaft angenommen, die gleichzeitig mit der Verlagerungsdrohung und einem Streikverbot wegen ihrer tarifvertraglichen Friedenspflicht konfrontiert war. Die Betriebsrenten der Boeing-ArbeiterInnen in Seattle wurden eingefroren, und sie mussten erhebliche Steigerungen ihrer Krankenversicherungskosten hinnehmen.

Die 30.000 Boeing-ArbeiterInnen in der Washingtoner Region Puget Sound (grob: Seattle und Umland, *Anm. d. Übers.*) bilden die größte Verhandlungseinheit innerhalb der Maschinistengewerkschaft – und Boeing ist der größte und profitabelste Flugzeugbauer. Die Tarifverträge hier setzen den Standard für den Rest der Gewerkschaft. Wie die Automobilgewerkschaft (UAW) bei den Großen Drei (GM, Chrysler, Ford), so hat die Maschinistengewerkschaft nur eine Chance, bestehende Erfolge zu sichern und zurückzugewinnen, was verloren wurde: Sie muss den Süden organisieren.



Enttäuscht, nicht geschockt

Für mich war das Ergebnis der Wahl in South Carolina eine herbe Enttäuschung – aber kein Schock. Ehrlich gesagt fühlte es sich eher an wie ein Déjà-vu. Die Boeing-Abstimmung erinnerte mich an das Scheitern der UAW im Volkswagen-Werk von Tennessee, fast auf den Tag genau drei Jahre früher. (Siehe dazu den Artikel von Mike Elk im *express*, Nr. 2/2014 und den Artikel von Chris Brooks in *express* Nr. 11/2016)

Es gehört zur Tradition von Gewerkschaftskampagnen, Hausbesuche zu machen, bei denen GewerkschaftsaktivistInnen und Hauptamtliche ArbeiterInnen und ihre Familien besuchen und über Arbeitsrechte sprechen, über Probleme am Arbeitsplatz, über Strategien, sich das eigene Dach über dem Kopf zu sichern… Aber wie die Autogewerkschaft in Tennessee haben die Maschinisten keine Hausbesuche gemacht – und das, obwohl die Gewerkschaft bereits eine Liste mit Namen und Adressen aus ihrer 2015 fehlgeschlagenen Wahl hatte. Sie verließ sich stattdessen auf Briefe, das Radio und die sozialen Medien – nichts davon hat die gleiche Überzeugungskraft wie persönliche Gespräche. Für die Sammlung von unterschriebenen Gewerkschaftskarten und die Dokumentation der Unterstützung verließen sich sowohl die Auto- als auch die Maschinistengewerkschaft ausschließlich auf Organizing-Komitees von ArbeiterInnen. Das ist nichts Schlechtes – ein Organisationskomitee ist der Dreh- und Angelpunkt jeder erfolgreichen Gewerkschaftskampagne. Aber der Erfolg hängt ab von der Größe des Komitees, seiner Stärke und Führungsfähigkeit sowie von seinen Aktivitäten.

Die besten Organizing-Komitees setzen sich aus anerkannten WortführerInnen aus allen Teilen des Werkes zusammen. Sie mobilisieren ihre KollegInnen für Aktionen zu betrieblichen Themen, die als Problem anerkannt und emotional besetzt sind. Eine eskalierende Abfolge öffentlicher Aktionen hilft dabei, Ängste abzubauen, Solidarität zu entwickeln und Gewerkschaft erfahrbar zu machen. Die TeilnehmerInnen erleben das gute Gefühl gemeinsamen Handelns und überwinden ihre Angst.

In dieser Hinsicht war schon die Gewerkschaftskampagne bei Volkswagen meines Erachtens zu kurzsichtig angelegt. Die UAW versäumte es, ausreichend WortführerInnen aus der ganzen Fabrik zu gewinnen. Im Vorfeld der Abstimmung gab es ArbeiterInnen, die kein einziges Mal befragt worden waren, ob sie die Gewerkschaft unterstützen würden, weil es in ihrer Abteilung kein Mitglied des Organizing-Komitees gab.

Obendrein überwachten Gewerkschaftsfunktionäre das Neutralitätsabkommen mit Volkswagen, was dazu führte, ArbeiterInnen von betrieblichen Aktionen gegen das Unternehmen abzuhalten. Das bedeutete, dass die Gewerkschaft keine Möglichkeit hatte zu beurteilen, ob die Mitglieder ihres Organizing-

Schluss mit der Kriminalisierung

DIDF zum Umgang der deutschen Justiz mit kurdischen AktivistInnen

Wir dokumentieren eine Erklärung des Bundesvorstandes von DIDF – Föderation demokratischer Arbeitervereine vom 1. März 2017.

Dem Co-Vorsitzenden des »Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland e.V. – NAV-DEM«, Bahattin Dogan, wurde durch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig das Recht auf freie Bewegung entzogen und es wurde ihm sein Aufenthaltsstatus aberkannt. Die Begründung des Gerichts sind die politischen Aktivitäten, die Dogan im Rahmen seines Amtes als Co-Vorsitzender der kurdischen Dachorganisation NAV-DEM ausübt. Wir verurteilen die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und des Dachverbandes ihrer Organisationen in Deutschland und fordern die deutschen Behörden und das Verwaltungsgericht auf, das Urteil wieder rückgängig zu machen.

Seit 2009 hat Dogan einen unbefristeten Aufenthaltstitel in Deutschland, der ihm nun entzogen wurde, und er darf seine Heimatstadt Mannheim nicht mehr verlassen. Somit kann er sein Amt des Vorsitzenden eines legalen und eingetragenen Vereins in Deutschland nicht wahrnehmen und ist in seiner persönlichen Freiheit eingeschränkt. Dogan hat keinerlei illegale Veranstaltungen organisiert oder besucht und sein Verein bewegt sich im Rahmen des geltenden deutschen Rechts. Dem Verein wird PKK-Nähe vorgeworfen. Daher verurteilen wir dieses Gerichtsurteil als eine willkürliche Entscheidung, die kurdische Bewegung zu kriminalisieren. Diese Entscheidung zeigt Parallelen zu der türkischen Praxis der Leugnung und Diskriminierung von Kurden und ihrer politischen und kulturellen Organisationen. Statt zu Deeskalieren und zur Lösung beizutragen, bezieht Deutschland eine falsche Position!

Dogan und die NAV-DEM tragen stark dazu bei, das Leid des kurdischen Volkes in der Türkei auch in Deutschland öffentlich zu machen, die Entwicklungen in der Türkei aus kurdischer Sicht zu erklären und die Identität und Einheit des kurdischen Volkes zu festigen. Die NAV-DEM steht für die demokratische Lösung des Kurdenproblems in der Türkei. Die Kriminalisierung seitens deutscher Behörden und Gerichte trägt keineswegs dazu bei, den Konflikt zwischen der Türkei und den Kurden friedlich zu lösen.

Statt den Interessen der Türkei durch Schmeicheleien und Kriminalisierung von kurdischen Aktivisten nachzukommen, muss Deutschland demokratische Lösungsbestrebungen von Dogan und der NAV-DEM stärken und klare Positionen für die friedliche, demokratische Lösung des Kurdenkonfliktes gegenüber der Türkei beziehen. Statt Kriminalisierung und Verbot wären das Aufheben des PKK-Verbots und die Anerkennung der kurdischen Bewegung als Teil des Lösungsprozesses hierbei die ersten Schritte in die richtige Richtung!

DIDF Bundesvorstand

Komitees in der Lage wären, ihre KollegInnen zu Aktionen zu bewegen – oder die Qualität der Unterstützung von ArbeiterInnen einzuschätzen, die nicht mehr getan hatten, als eine Gewerkschaftskarte zu unterschreiben.

Die beste Verteidigung

Ein starkes Organisationskomitee ist auch die beste Verteidigung gegen eine gewerkschaftsfeindliche Strategie des Arbeitgebers. Während Boeings Anti-Gewerkschaftskampagne auf allen Kanälen präsent war, wollten die MechanikerInnen den Reportern nicht mal erzählen, wie viele Karten sie eingesammelt hatten – und auch die Größe des Organizing-Komitees nicht preisgeben, was zugegebenermaßen nicht viele Gewerkschaften machen. Wesentlich besorgniserregender war, dass die gewerkschaftlich organisierten WortführerInnen unter den ArbeiterInnen zu große Angst hatten, mit den Medien über ihre Kampagne zu sprechen.

Der Gewerkschaft zufolge gab es im Werk keine Eskalationsstrategie für die Kampagne. Und die Verankerung der Gewerkschaft in den außerbetrieblichen Communities wurde allenfalls in Form moralischer Unterstützung deutlich, statt das Umfeld auf Gegendruck zur gewerkschaftsfeindlichen Kampagne des Unternehmens zu verpflichten.

ArbeiterInnen organisieren sich in einer Gewerkschaft, weil sie Veränderungen bei der Arbeit durchsetzen wollen. Sie müssen davon überzeugt sein, dass sie fähig sind, es mit dem Boss aufzunehmen und zu gewinnen. Aktionen wie Kundgebungen sind ein Test für die Gewerkschaft, um die Tiefe der Unterstützung abschätzen zu können. ArbeiterInnen, die zu verängstigt sind, an einer öffentlichen Aktion teilzunehmen – wie etwa bei der schwach besuchten Kundgebung, die die MaschinistInnen zwei Tage vor der Abstimmung organisiert hatten, deutlich wurde – werden nicht ihre KollegInnen um sich scharen und sie von einer Stimme für die Gewerkschaft überzeugen. Zwei Tage vor der Abstimmung scheiterte die Gewerkschaft öffentlich an einem entscheidenden Test. All dies waren Vorzeichen einer kommenden Niederlage.

Die Auto-ArbeiterInnen bei Volkswagen und die MaschinistInnen bei Boeing haben sich in harte Kämpfe begeben – aber sie wussten das in dem Moment, als sie loslegten. Die Niederlagen sollten uns bewusst machen, dass die Gewerkschaften, wenn sie gewinnen sollen, Kampforganisationen aufbauen müssen, die öffentlich von den ArbeiterInnen selbst angeführt werden. Am Ende ist es ihre Gewerkschaft, die gewinnt – oder verliert.

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

Quelle: http://labornotes.org/blogs/2017/02/viewpoint-boeing-vote-was-not-referendum-organizing-south

Feminismus für die 99 Prozent

Ein Gespräch über den Frauenstreik in den USA

In Zeiten, in denen der Feminismus in westlichen Ländern entweder Staatsgewalt geworden ist oder in Aufsichtsräten oder wenigstens als Dauergast in Talkshows sitzt und damit je nach Interpretation verwirklicht oder zur Unkenntlichkeit entstellt, gehen in seinem Namen wieder Menschen auf die Straße. Das US-amerikanische Magazin *In These Times* verfolgt in einer Interviewreihe derzeit die Frage, wo der Wille zum Widerstand gegen die Trump-Regierung sinnvolle Ansatzpunkte findet. Ein beeindruckendes Beispiel für die Aktivitäten sozialer Bewegungen in den USA sind die großen Mobilisierungen von Frauen zum Womens March auf Washington und zum Internationalen Frauentag. Dazu hat Sarah Jaffe mit Keeanga-Yamahtta Taylor*, aktiv in der »Black Lives Mattter«-Bewegung und eine der Organisatorinnen der Demonstrationen, gesprochen.

Sarah Jaffe: *Du gehörst zu den Erstunterzeichnerinnen des Aufrufs zum Frauenstreik am 8. März. Kannst Du uns etwas über diesen Aufruf und seine Hintergründe erzählen?*

Keeanga-Yamahtta Taylor: Die Idee zu dem Frauenstreik ist eigentlich nicht in den USA entstanden, sondern aus Solidarität mit Frauenorganisationen in 30 verschiedenen Ländern, die zu einem Streik am Internationalen Frauentag aufgerufen hatten. Unser Text ist der Versuch zu erklären, warum es wichtig ist, dass amerikanische Feministinnen diesen Aufruf unterschreiben und versuchen sollten, Teil dieser Bewegung zu sein. Unsere Absicht besteht einerseits darin, den Internationalen Frauentag wieder politischer und zu einem politischen Ereignis zu machen, indem wir herausstellen, auf welche Weise Frauen in den USA nach wie vor unter Misogynie und Sexismus leiden, und anschauliche Beschreibungen davon zu liefern.

Der Streik will aber auch ein Schlaglicht werfen darauf, wie »Frauen-Arbeit« oder »Frauen-Lohnarbeit« ungesehen bleibt, unterbewertet oder unterbezahlt ist. Der Streik soll die Aufmerksamkeit darauf lenken, indem er auf die verschiedenen Manifestationen von Frauen-Arbeit am 8. März öffentlich macht und zeigt, welche zentrale Rolle Frauen-Arbeit in der politischen und sozialen Ökonomie der USA spielt.

In dem Streikaufruf ist die Rede davon, einen »Feminismus für die 99 Prozent« aufzubauen. Was bedeutet das?

Teil dessen, worauf wir reagieren, ist der der »Lean In-Feminismus«, der die Debatte dominiert und insbesondere im Zusammenhang mit Hillary Clintons Präsidentschaftswahlkampf verbreitet war (»Lean In: Women, Work and the Will to Lead« ist der Titel eines Buches von Sheryl Sandberg, Facebook-Vorstandsmitglied; Lean in ist zugleich der Name einer von ihr gegründeten Organisation, die sich auf die Förderung des Karriereerfolges von Frauen konzentriert; *Anm. d. Übers.*) Dahinter steht die Vorstellung, dass das letzte zu überwindende Hindernis für Frauen diese »gläsernen Decken« sind, die ihren Aufstieg in der Politik oder der freien Wirtschaft blockieren. Aus unserer Sicht ist das allerdings nicht das letzte Hindernis – jedenfalls nicht für gewöhnliche Frauen und Arbeiterinnen. Die traditionellen Ketten für arme und arbeitende Frauen sind noch nicht gesprengt und verlangen eigentlich unsere Aufmerksamkeit. Mit dem »Feminismus der 99 Prozent« geht es darum, die Vorstellung zurückzuweisen, dass Frauen sich nur oder zumindest in erster Linie mit ihrer Rolle in der Welt der männlichen Eliten befassen, und zu zeigen, dass es nach wie vor ganz basale Probleme gibt, wie den Zugang zur reproduktiven Gesundheitsfürsorge, die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs oder eben Lohnunterschiede. Schwarze Frauen bekommen zum Beispiel nur 63 Cent für jeden Dollar, den ein weißer Mann verdient, was natürlich weniger ist als die 78 Cent pro Dollar für weiße Frauen, die üblicherweise als Vergleichsmaßstab herangezogen werden.

Immer noch ist auch die Kinderbetreuung ein Problem. Es gibt keinen Zugang zu öffentlicher oder staatlich finanzierter Kinderbetreuung; die Angriffe auf das staatliche Bildungswesen bzw. die öffentliche Infrastruktur treffen so insbesondere Frauen und deren Alltagsbewältigung. Ganz grundsätzlich brauchen wir eine feministische Politik, die diese Probleme als die vordringlichsten behandelt. Ich glaube, dass wir bei den Protesten am 21. Januar, als viele herausströmten, gesehen haben, dass es sogar eine relativ breite Unterstützung für eine wieder auflebende feministische Bewegung

Fortsetzung auf Seite 8 oben

Juristischer Sieg für Leiharbeiter

BAG spricht Auto-Leiharbeitern große Nachzahlungen zu

Wir dokumentieren eine Pressemitteilung der IG Metall Köln-Leverkusen.

Mehr als vier Jahre mussten die 25 Kläger für sich und ihre Kollegen kämpfen. Am 22. Februar 2017 gab ihnen das Bundesarbeitsgericht nun Recht. Danach haben Leiharbeiter Anspruch auf tarifvertragliche Branchenzuschläge, wenn sie in einem Betrieb eingesetzt werden, der überwiegend der Produktion von Autos dient. Dies gilt unabhängig davon, ob der Betrieb tatsächlich Hersteller des gesamten Fahrzeuges ist oder nicht.

Damit geht eine jahrelange Auseinandersetzung vor den Arbeitsgerichten zu Ende. Dabei hatte alles gut begonnen. Durch Tarifvertrag vom 22. Mai 2012 sollten Leiharbeiter einen Zuschlag von bis zu 50 Prozent erhalten, wenn Sie in einem Betrieb eingesetzt werden, der u. a. der Automobilindustrie oder dem Fahrzeugbau angehört. Nach anfänglicher Freude der Kolleginnen und Kollegen machte sich jedoch bei einigen Frust breit.

Der Grund: Nicht alle wollten die Branchenzuschläge zahlen. Davon betroffen waren vor allem die Betriebe, die für die Ford-Werke GmbH Fahrzeugkomponenten fertigen. Da diese Betriebe behaupteten, nur Dienstleister zu sein, fühlten sie sich an den Tarifvertrag nicht gebunden. Zu Unrecht, wie jetzt das Bundesarbeitsgericht entschieden hat. Auch der Bau von Fahrzeugkomponenten unterfällt danach dem Tarifvertrag. Die Betroffenen, die ihre Klagen mit der Hilfe der Rechtsabteilung der IG Metall Köln-Leverkusen geführt haben, sind erleichtert. Schließlich geht eine lange Durststrecke zu Ende.

Während der gesamten Dauer des Verfahrens wurden den Betroffenen die Branchenzuschläge vorenthalten. Sie betragen nach neun Monaten Einsatz 50 Prozent. Einem Leiharbeiter, der nach dem Leiharbeitertarif zehn Euro verdient, fehlen so in jeder Stunde fünf Euro. »Viele hatten das Gefühl, Mitarbeiter zweiter Klasse zu sein. Andere Kollegen in anderen Betrieben haben die Branchenzuschläge erhalten, obwohl die Situation vergleichbar ist«, sagt Mario Utess, einer der beiden Prozessvertreter der Rechtsabteilung der IG Metall Köln-Leverkusen. »Die Nachzahlung für die Kolleginnen und Kollegen ist natürlich immens und liegt in einem hohen fünfstelligen Bereich, wir schätzen bis zu 30.000 Euro«, ergänzt Karin Ende, ebenfalls Prozessvertreterin der IG Metall Köln-Leverkusen in dem laufenden Verfahren.

Insgesamt schätzt die IG Metall Köln-Leverkusen die Nachzahlungssumme an die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf einen Betrag bis zu zwei Mio. Euro.

Witich Roßmann, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Köln-Leverkusen: »Das Urteil des BAG hat bundesweite Bedeutung. Wer in und für die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie arbeitet, hat auch als Leiharbeiter Anspruch auf die metallspezifischen Branchenzuschläge – auf Equal Pay. Wir freuen uns mit den betroffenen Kollegen über den Erfolg. Es ist ein Skandal, dass man vier Jahre vor Gericht für seinen klaren Rechtsanspruch streiten muss.«

Selbstverständlich sind die Branchenzuschläge ab jetzt und auch für die Zukunft ebenfalls zu zahlen.

Fortsetzung von »Feminismus für die 99 Prozent«, Seite 7

gibt. Wir verfolgen in diesem Rahmen u.a. das Ziel, für eine radikalere Politik zu werben, statt für eine relativ begrenzte politische Agenda, die diese doch sehr beschränkten Ziele »sozialer Mobilität« von Frauen im Big Business als einziges Anliegen verfolgt.

Manche Frauenstreiks, die letztes Jahr stattgefunden haben, hatten mit direkten Angriffen auf Frauenrechte in verschiedenen Ländern zu tun. Kannst Du mehr zu den internationalen Verbindungen mit anderen Frauenbewegungen und zur Anknüpfung an die historischen Ursprünge des Internationalen Frauentags sagen?

Ich vermute, das bekannteste Beispiel ist der Frauenstreik in Polen als Antwort auf den Versuch des Staates, Abtreibungen zu verbieten. Ich finde, er zeigt die Macht politischen Protestes, politischer Demonstrationen, im Unterschied dazu, sich in formale politische Prozesse zu verwickeln. Die Mobilisierungen der Frauen für das Recht auf Abtreibung in Irland haben dazu beigetragen, Bedingungen zu schaffen, in denen ein Kampf nicht nur für Abtreibungsrechte, sondern auch für den Zugang zu Geburtenkontrolle stattfinden kann. Es gibt andere Beispiele aus Argentinien, Südkorea und Italien, wo es darum geht, dass Frauen ihre gesellschaftliche Macht außerhalb des Wahlgeschehens ausspielen, durch Straßendemonstrationen und die Organisierung für das, was ich einen Kampf um grundlegende Rechte nennen würde.

Das geht tatsächlich zurück auf die Ursprünge des Internationalen Frauentags, die natürlich im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten sind. Er ist zu diesem sonderbaren symbolischen Feiertag geworden, der keine Verbindung mehr zu seinen radikalen Wurzeln hat. Der Internationale Frauentag geht auf eine Demonstration von Arbeiterinnen und armen Frauen im russischen Petrograd 1917 zurück, die sich gegen den ersten Weltkrieg richtete und die Umleitung der Ressourcen, die für den Krieg verwendet wurden, zugunsten der Lebensbedingungen der einfachen Leute forderte. Das Motto war »Demonstrationen für Frieden und Brot«.[1]

Wie liefen die organisatorischen Vorbereitungen für den Streik und wie waren die Verbindungen zu den Organisatorinnen des Frauenmarsches vom 21. Januar?

Die Organisierung war schnell und wild, weil wir nur wenig Zeit hatten bis zum 8. März. Es gibt lokale Organisierungsansätze. Ich weiß von Basistreffen in Philadelphia, New York, Chicago, Berkeley, Pittsburgh und anderen Orten, an denen Organisationstreffen einberufen wurden, aber auf nationaler Ebene war nach meiner Einschätzung die Unterstützung durch das Organisationsteam des Frauenmarsches besonders wichtig. Mit ihnen gab es die Übereinkunft, dass wir zusammenarbeiten würden.

Das nationale Koordinationskomitee des Frauenstreiks hat mit den Organisatorinnen des Frauenmarsches vom 21. Januar zusammengearbeitet, um gemeinsame Stellungnahmen zu veröffentlichen und zu versuchen, dem Frauenstreik Aufmerksamkeit zu verschaffen. Sie planen für den 8. März einen »Tag ohne Frau«, womit andere politische Akzente gesetzt werden als beim Frauenstreik, aber es gibt ein Gespür dafür, dass es besser ist, zusammenzuarbeiten, statt zu einem Haufen getrennter Aktionstage aufzurufen. So sind wir verfahren.

Viele der Leute, die in den Aufruf zum Frauenstreik involviert sind, Dich eingeschlossen, sind SozialistInnen. Was kannst Du über die Bedeutung des Sozialismus und des sozialistischen Feminismus in diesem Land nach den Wahlen von 2016 sagen?

Ganz grundsätzlich gibt es das Verständnis, dass die Probleme, mit denen Frauen in unserer Gesellschaft konfrontiert sind, in einem Wirtschaftssystem wurzeln, das das »eine Prozent« über die 99 Prozent stellt, und dass wir zwar manchmal über spezifische Probleme von Frauen nachdenken, dass sie aber tatsächlich aus einer inhärent ungerechten Verfasstheit der Ökonomie dieses Landes erwachsen; die Tatsache, dass Frauen weniger verdienen, dass keine Kinderbetreuung erreichbar ist, dass sie keinen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsförderung haben. Das sind nicht nur ökonomische Fragen, aber sie sind verbunden mit einem ökonomischen Arrangement, das auf der kostenlosen Arbeit von Frauen beruht, um sich als politisches System zu reproduzieren.

Angesichts der wachsenden ökonomischen Ungleichheit haben die Leute, seit dem Aufbruch der Occupy-Bewegung 2011 in gewisser Weise mit größerer Genauigkeit und Konzentration darüber gesprochen, dass diese ungerechten Wirtschaftsbeziehungen sich überproportional auf das Leben von Frauen auswirken. Ich denke, dass wir es bei dieser Wahl mit einem Milliardär zu tun haben, der sein Geld damit gemacht hat, Schlupflöcher im System auszunutzen, und der es gewissermaßen durch seinen instinktiven Sexismus und seinen Frauenhass an die Spitze der Politik gebracht hat. Angesichts der Zentralität des Sexismus in seinem Wahlkampf kann es nicht überraschen, dass die ersten Proteste von Frauen organisiert und vor allem von Frauen getragen wurden, die damit zu einem Zentrum der Widerstandsbewegung geworden sind.

Du hast ein wunderbares Buch über die Black Lives Matter-Bewegung geschrieben, in dem Du die Bewegung historisch kontextualisierst. Was denkst Du über Verschiebungen und Veränderungen dieser Bewegung unter Trump?

Ich glaube, dass Trump *Black Lives Matter* als Bewegung und die damit verbundenen aktivistischen Organisationen von Anfang an ins Fadenkreuz genommen hat. Sein ganzes Gepose um *Law and Order* ist als Reaktion auf *Black Lives Matter* entworfen und richtet sich gegen das, was er als Anti-Polizei-Klima bezeichnet hat. Das hatte besondere Wirkung. Beim Präsidenten der USA und seinen UnterstützerInnen hat es eine besondere Bedeutung für die sicherheitsorientierte Atmosphäre in den Vereinigten Staaten, sich auf politische AktivistInnen und die politische Bewegung als Terroristen zu beziehen, wie sie es mit *Black Lives Matter* gemacht haben.

Das hat AktivistInnen in die Defensive gebracht, und zum Teil eine Situation geschaffen, in der Leute sich nach innen wenden: Sie versuchen, im Inneren ihrer Organisationen herauszufinden, wie sich Dinge straffen lassen und wie sich politisch auf Trump antworten lässt. Das ist nachvollziehbar, aber ich finde, wir sind an einem Punkt, wo es darum geht, sich umzuschauen und mit anderen Gruppen in Verbindung zu treten, die ähnliche Angriffe erleben.

Es gab viele Diskussionen darüber, wie Solidarität aussieht. Unter den gegebenen Umständen muss sie sich als Zusammenarbeit und Koordination unter Gruppen von Menschen darstellen, die jedes Interesse der Welt haben, zusammenzuarbeiten. Polizeischikanen und -gewalt sind nicht Themen, die nur die schwarze Bevölkerung betreffen, wir haben vielmehr sehr früh gesehen, dass Trump versucht, die Macht der Polizei und ihre Befugnisse auszuweiten und damit auch andere Gruppen ins Fadenkreuz zu nehmen. Ganz offensichtlich zeigt sich dies in den Angriffen auf die undokumentierten MigrantInnen und den Versuchen der Trump-Regierung, PolizistInnen für das Aufspüren der Undokumentierten abzuordnen, den Angriffen auf Muslime und AraberInnen, den Rufen nach größerer Macht des Staates und seiner bewaffneten Agenten. All dies schafft eine nahezu natürliche Allianz unter den Leuten gegen Überwachung und Polizeigewalt.

All das bedeutet meines Erachtens, dass wir eine wesentlich größere Bewegung für die Auseinandersetzung mit der Polizei brauchen. Wir brauchen eine Bewegung, die die Anliegen und auf diesem Weg auch die AktivistInnen verbindet, die Leute zusammenbringt, um den größtmöglichen Widerstand aufzubauen. Das muss wiederum verknüpft werden mit den anderen Angriffen, die von der Trump-Regierung ausgehen. Es geht nicht nur um Überwachung, sondern auch darum, wie die Voraussetzungen für Angriffe auf Organisierungsbemühungen, auf Widerstandsorganisierung, auf Oppositionsaufbau geschaffen werden, indem zuerst die Polizei mit erweiterten und expansiven Kompetenzen ausgestattet wird. Das ist ein Problem für uns alle.

Es hat beeindruckende Anstrengungen der Leute von *Black Lives Matter* und anderer Organisationen gegeben, um diese Verbindungen mit anderen Gruppen herzustellen und so die Bewegung zu verbreitern, während sie gleichzeitig das Verständnis dafür vorangebracht haben, dass diese Politik sich vor allem auf die schwarze Bevölkerung auswirkt, wir aber zugleich eine wesentlich größere Bewegung brauchen, um zu gewinnen.

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

** Keeanga-Yamahtta Taylor ist Autorin des Buches »From #BlackLivesMatter to Black Liberation« und Dozentin für African American Studies an der Universität Princeton.*

Quelle: http://inthesetimes.com/working/entry/19931/the_march_8_strike_is_about_building_feminism_for_the_99

Anmerkung:

1 Clara Zetkin hatte bereits auf der »Zweiten Sozialistischen Frauenkonferenz« in Kopenhagen 1910 die Einführung eines Internationalen Frauentages angeregt. Dieser fand aber zunächst ohne Festlegung auf ein bestimmtes Datum statt. (Anm. d. Übers.)

»Krankenhaus statt Fabrik«

Bündnis gegen die Kommerzialisierung der Krankenhäuser

Seit dreizehn Jahren gilt für deutsche Krankenhäuser das Abrechnungssystem der Fallpauschalen (engl. Diagnosis Related Groups, DRGs). Schon bei Einführung dieses Systems warnten viele Kenner des Gesundheitswesens vor dramatischen Fehlentwicklungen in den Krankenhäusern. Zehn Jahre später wissen wir: Die Warnungen waren berechtigt. In den Krankenhäusern herrschen Personalnot, Über-, Unter- und Fehlversorgung. Bei den Entscheidungen über Behandlungen und Dauer des Krankenhausaufenthaltes wird nicht allein nach medizinischen Kriterien entschieden, sondern immer deutlicher danach, was sich gewinnbringend abrechnen lässt. Immer mehr Krankenhäuser werden privatisiert.

Das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« besteht derzeit aus den ver.di-Landesfachbereichen 03 Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg und Nordrhein- Westfalen, dem Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää), attac, der Soltauer Initiative, der Gesellschaft für Psychotraumatologie, Traumatherapie und Gewaltforschung (GPTG), sowie einigen Politikern, wie Harald Weinberg, Sprecher für Krankenhauspolitik und Gesundheitsökonomie der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Das Ziel des Bündnisses: Krankenhäuser sollen vor allem Einrichtungen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge sein, keine Wirtschaftsunternehmen. Krankenhausplanung und -finanzierung sind öffentliche Aufgaben, die politischer Planung und Steuerung bedürfen.

Wir brauchen eine Bedarfsplanung der Krankenhausversorgung, in die alle Akteure des Gesundheitswesens einbezogen werden. Dies ist nicht im Rahmen des DRG-Systems zu erreichen. Das Bündnis Krankenhaus statt Fabrik wendet sich gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens in Deutschland und daher insbesondere gegen das System der Krankenhausfinanzierung durch DRGs. Es tritt ein für die bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser und ihres Personals. Nicht die Gewinnmargen sollen ausschlaggebend dafür sein, ob und wie wir behandelt werden, sondern allein der medizinische Bedarf!

Das öffentliche Unbehagen an der DRG-basierten Krankenhausfinanzierung wächst. Zahlreiche Reportagen, Berichterstattungen, Initiativen und Interessenvertretungen thematisieren die vielschichtigen Probleme der Patientinnen und Patienten wie der Beschäftigten, die vom System der Fallpauschalen verursacht werden. Dennoch ist weitere Aufklärungsarbeit nötig, um eine breite öffentliche Debatte über dieses bewusst installierte marktwirtschaftliche Steuerungsinstrument führen zu können. Dies ist eine zentrale Aufgabe des Bündnisses. Dementsprechend stellt es im Internet unter www.krankenhaus-statt-fabrik.de Argumentationshilfen, wissenschaftliche Studien zu Auswirkungen des DRG-Systems und PowerPoint-Vorträge zur Verfügung. Außerdem gibt es eine dort abrufbare, aber auch auf Papier gedruckte und beim Bündnis bestellbare Broschüre mit »Fakten und Argumenten zum DRG-System und gegen die Kommerzialisierung der Krankenhäuser«.

Alle betrieblich und/oder politisch Aktiven, alle Interessierten, Beschäftigte und Patientinnen und Patienten, die nach Erklärungen suchen für die aktuellen Zustände in Krankenhäusern, die sich engagieren wollen für eine bedarfsgerechte Versorgung und die entsprechende Finanzierung sind eingeladen, sich diese Materialien anzueignen und an gegebener Stelle zu nutzen. Alle unsere Materialien sind ausdrücklich zur weiteren Verwendung frei.

Weitere Infos:
www.krankenhaus-statt-fabrik.de/

Bestellungen unter:
info@krankenhaus-statt-fabrik.de

Probleme am Boden

Fraport und Flughafenprivatisierung in Griechenland – Ralf Kliche* über ein weiteres Kapitel einer unendlichen Geschichte

Der 1. Februar 2017 ist vergangen. Das hätte eigentlich ein denkwürdiges Datum sein sollen: Die Fraport AG hatte im Oktober 2016 angekündigt, dass sie zum 1. Februar 2017 den Flughafen von Thessaloniki als ersten aus dem Paket der 14 privatisierten griechischen Regionalflughäfen übernehmen wolle. Und? Nichts ist passiert! Auf einer griechischsprachigen Wirtschaftsseite gab es einen kurzen Hinweis auf eine Verschiebung bis Mitte März, und das war es – zur Begründung wurde auf »technische Probleme« verwiesen, z.B. auf den ausstehenden Vertragsabschluss mit der Feuerwehr über Dienstleistungen im Flughafen. Deutsche Medien, die angesichts der anstehenden Bundestagswahlen und der neuen Frontlinien gegenüber einer protektionistischeren USA gerade den Kampf um den Grexit wieder in die Berichterstattung heben, haben nicht berichtet.

Bewegung ist in die – griechische – Diskussion geraten,[1] nachdem Christina Tachios, eine ehemalige Abgeordnete der hierzulande als »links«liberal einsortierten Partei *To Potami,* berichtete, dass Finanzierungsprobleme und vielleicht auch Verbindungen zur aktuell immer noch nicht abgeschlossenen Beurteilung durch die europäischen Kreditgeber im Hintergrund stehen, zumindest wenn man den üblichen »gut informierten Kreisen« Glauben schenken will. Tatsache jedenfalls ist, dass mit der Übernahme des Flughafens von Thessaloniki durch Fraport auch die Anzahlung von 1,234 Mrd. Euro an den griechischen Staat zu leisten ist, wie sie im Übernahmevertrag vereinbart worden war. Den hatte die griechische Privatisierungsbehörde HRADF (auf Griechisch TAIPED) in der Umsetzung des dritten Memorandums mit einem Übernahmekonsortium, bestehend aus dem deutschen Fraport-Konzern und der griechischen Unternehmensgruppe Copelouzos, abgeschlossen und damit viel Widerstand ausgelöst. Dabei ging es nicht nur um die Privatisierung selbst, sondern insbesondere auch um den geringen Kaufpreis und eine Reihe von Bedingungen, die Fraport dem griechischen Staat aufgedrückt hatte (s. *express*, Nr. 5/2016).

Die Zahlung über die 1,234 Mrd. Euro ist bislang nicht erfolgt. Offensichtlich verfügen die Käufer nicht über ausreichend liquide Mittel. Bei der Finanzierung mittels eines erforderlichen Bankkredits gibt es bislang keine Einigung, wie dieser Kredit an Fraport abzusichern sei. Einbezogen in die Fraport-Finanzierung sind: die Europäische Investitionsbank (EIB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Internationale Finanz-Corporation als Abteilung der Weltbank-Gruppe für private Übernahmen (IFC) sowie die griechische Alpha-Bank. Sie haben sich mit Beratern der griechischen Privatisierungsbehörde HRADF und Fraport-Führungskräften für mehrere Tage in London getroffen, um die offenen Fragen zu klären. Über Ergebnisse wurde nichts bekannt.

Die Plattform *The Press Project*, die sich schon durch die Veröffentlichung des Vertragstextes mit Fraport große Verdienste um die Publizierung der Ausplünderung Griechenlands erworben hat, hat nun die Zusammenhänge weiter durchleuchtet und weitere Details ans Tageslicht befördert, über die wir wohl keine Informationen aus den hiesigen »Qualitätsmedien« erwarten dürfen.

Schon am 24. Januar 2017 hatte Thanos Kamilali die Liquiditätssituation der an der Flughafenübernahme beteiligten Unternehmen analysiert und war zu dem Schluss gekommen, dass ihnen eine Finanzierung aus eigener Kraft nicht möglich ist.

Hinsichtlich Fraport kommt er angesichts der am 30. September 2016 offiziell bekannt gegebenen Zahlen zu dem Ergebnis, dass trotz einer hohen Unternehmensrentabilität einer Liquidität von 1 Mrd. Euro Schulden in Höhe von 3,6 Mrd. Euro gegenüberstehen und sich die Liquidität perspektivisch eher noch verschlechtern wird. Nun ist an der Einbeziehung von Banken in die Finanzierung einer solchen Investition nichts Ungewöhnliches. Auffallend ist allerdings schon, dass sich der Finanzdirektor von Fraport Griechenland, Evangelos Baltas, über die zögerliche Kreditvergabe griechischer Privatbanken beschwerte und jetzt das Kapital maßgeblich aus europäischen Mitteln (letztlich also Steuermitteln) kommen soll, nicht mehr von Seiten privater Investoren.

Noch bizarrer ist, dass es sich Kamilali zufolge bei dem Partner der Fraport im Übernahmekonsortium, der *Slentel Limited,* hinter dem die Copelouzos-Gruppe steht, um ein Ein-Mann-Unternehmen handelt. Und dieses Unternehmen soll 35 Prozent des Konsortiums repräsentieren und steuern. Die *Slentel Limited* wurde Anfang 2011 in Zypern registriert, mit einem Stammkapital von doch immerhin 5.000 Euro. Welch ein Partner in so einem Geschäft! Offensichtlich liegt auch ein Bericht eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers vor, der den zypriotischen Behörden schon im November 2014 vorgelegt wurde, also bereits bevor die griechische Privatisierungsbehörde die Privatisierungsverträge mit dem Konsortium ratifizierte. Danach besteht das Unternehmen nur aus einer einzigen Person, Frau Giannoula Georgiou, die im Januar 2012 als Unternehmensleiterin benannt wurde. Für 2013 soll bei einem Umsatz von null Euro ein Verlust von 13.845 Euro angefallen sein, wonach von dem Eigenkapital nicht mehr viel übrig sein dürfte… Ist hier vielleicht der Ausdruck »Briefkastenfirma« angebracht? Was wurde mit dieser Konstruktion bezweckt?

Kamilali jedenfalls beschließt seinen Artikel mit folgender Formulierung: »Ein Unternehmen mit Schulden in Höhe von 3,6 Milliarden und eins mit einem Kapital von 5.000 Euro. Was kann da noch schief gehen?«

Nach der Veröffentlichung des Artikels von Christina Tachios hat Thanos Kamilali noch einmal nachgelegt und deren Aussage aufgegriffen, dass der griechische Staat bereit sei, bei fortbestehenden Finanzierungsproblemen den Kredit an Fraport abzusichern, um das Privatisierungsvorhaben nicht zu gefährden. Wenn es tatsächlich eine solche Bereitschaft geben sollte, hieße das, dass der griechische Staat (und die griechischen Steuerzahler) auch noch die Risiken des Kolonialvertrages übernimmt, der ihm aufgezwungen wurde. Angesichts der inzwischen wieder aufgebauten Drohkulisse um den Grexit und der breiten Propaganda, dass Griechenland seinen Verpflichtungen aus den Memoranden nicht (ausreichend) nachkomme, ist eine solche Demonstration des Wohlverhaltens durch die griechische Regierung durchaus vorstellbar. Dass die Gegenseite keinerlei Hemmungen oder Grenzen bei der Ausplünderung des Landes kennt, ist hinlänglich belegt.

Ins Bild passt dabei, dass gerade jetzt durch Journalisten der *Süddeutschen Zeitung* und des Fernsehmagazins *Monitor* die Bedeutung von Malta als Steueroase innerhalb der EU recherchiert und publiziert wurde. Auch Fraport (wie insgesamt 1.616 Firmen mit deutscher Beteiligung) verfügt dort über entsprechende Briefkastenfirmen und nutzt diese zur »legalen Steuerhinterziehung«. Wie schon der Kolonialvertrag zur Flughafenprivatisierung seine besondere Note dadurch bekommen hatte, dass Fraport sich mehrheitlich in öffentlichem Eigentum befindet, gilt auch hier, dass z.B. die hessische Landesregierung und damit auch die *Grünen* als Partei mitverantwortlich für die Steuervermeidungstricks von Fraport sind. Dass Sven Giegold, Vertreter der Grünen im Europäischen Parlament, dagegen wettert, ist kein Widerspruch. Eben dieses Europäische Parlament hat übrigens am 16. Februar 2017, an demselben Tag, an dem *SZ* und *Monitor* über den Umgang mit der Steueroase berichteten, einen Resolutionsentwurf des griechischen Abgeordneten Nikos Chountis von der *LAE*[2] abgelehnt. Chountis wollte festgestellt wissen, dass es sich bei dem Konzessionsvertrag für die 14 Flughäfen um das Ergebnis politischen Drucks auf ein EU-Mitgliedsland zu Lasten der öffentlichen Interessen und der Beschäftigten handelt – ein Vertrag, der auch nicht mit den EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen und Wettbewerbsrecht in Einklang steht.

Gemeinsam mit Sofia Sakorafa, EU-Parlamentarierin für *Syriza* und ehemalige Olympiateilnehmerin im Speerwurf, sowie Notis

Fortsetzung auf Seite 10 oben

Personalchef gegen Kaffeekultur

Verstoßen Kaffeegemeinschaften gegen die Arbeitsordnung? – Von Michael Clauss

Im Daimler-Werk Untertürkheim spielt sich derzeit ein ganz spezieller Konflikt ab: Die zahlreichen Kaffeemaschinen der Belegschaft samt der dazugehörigen (schwarzen!) Kaffeekassen sollen verschwinden.

Wir dokumentieren einen Artikel aus der Betriebszeitung *alternative* vom 3. Februar 2017.

Im Oktober letzten Jahres startete unser Personalchef Dr. Leitner eine böse Attacke auf unsere Kaffeekultur im Betrieb. Er reklamierte die vielen privaten Kaffeemaschinen im Werk und sah darin einen Verstoß gegen die Arbeitsordnung.

Stört Kaffee die Betriebsordnung?

Laut der zitierten Arbeitsordnung ist das Mitbringen und Betreiben privater elektrischer Geräte untersagt. Außerdem hätte der Kaffeeverkauf gewerbsmäßigen Charakter, und auch dies sei doch strikt verboten. Auch die angeblichen Streitereien um die Verwendung der Kaffeekasse oder die beim Personalbereich angezeigten Diebstähle derselben machen es eigentlich notwendig, die Kaffeemaschinen allesamt abzuschaffen. Ja, geht‘s noch? Wir haben schon seit vielen Jahrzehnten Kaffeemaschinen in den Kostenstellen. Und jetzt plötzlich soll dadurch die Ordnung im Betrieb gestört sein? Wer oder was da tatsächlich gestört ist, scheint wohl ziemlich strittig.

Kaffeekultur stärkt Teamkultur

Nachdem vor vielen Jahren der Bierverkauf in den Kantinen eingestellt wurde, entwickelte sich eine regelrechte Kaffeekultur. Viele Kollegen kauften sich zusammen eine eigene, teilweise sehr hochwertige Kaffeemaschine. Im Rahmen der Gruppenarbeit beteiligten sich in den allermeisten Fällen alle Gruppenmitglieder, und somit entscheiden sie auch als Gruppe gemeinsam über die Verwendung der Kaffeekasse. Da wird dann die alljährliche gemeinsame Weihnachtsfeier finanziert oder der Volksfestbesuch oder eben irgendein anderer Gruppenausflug. Alles privat finanzierte Teamentwicklungen. Firmenfeiern wie die Familientage oder Teamtrainings wurden ja mit der Krise 2008 nachhaltig weggespart. Und jetzt wollen uns die gleichen Sparmanager noch die Gruppen-Kaffeekasse streitig machen? Die Abteilungsleiter bekommen übrigens alle kostenlos vom Unternehmen hochwertige Kaffeemaschinen für ihr Büro zur Verfügung gestellt.

Alle Führungskräfte aufgehetzt

Mit einem entsprechenden Foliensatz hat der Personalchef alle Führungskräfte gegen die Kaffeegemeinschaften aufgehetzt. Die Gruppenkaffeekassen mit Begriffen wie Arbeitszeitbetrug oder Steuerhinterziehung in Verbindung zu bringen, ist lachhaft, aber überhaupt nicht zum Lachen. Gruppenverbot für Kaffeekassen, aber gemeinsam von der Gruppe getragene Engpassvereinbarungen? Auf welchem Stern leben Sie denn, Herr Dr. Leitner? Ziehen Sie Ihre überzogene Aktion zurück, sonst wird es ungemütlich.

links-netz
Infos unter www.links-netz.de

Fortsetzung von »Probleme am Boden«, Seite 9

Marias, unabhängiger EU-Parlamentarier (bis zu seinem Hinauswurf in der Kammenos-Partei *Unabhängige Griechen, ANEL*) unterstützt er den wieder aufgeflammten Widerstand in der griechischen Bevölkerung gegen die Flughafenprivatisierung. Besonders aktiv ist dabei derzeit eine Bürgerinitiative in Chania auf Kreta, dessen Flughafen ebenfalls zum Fraport-Paket gehört. *Ef.Syn*, die Zeitung der Redakteure, berichtet fortlaufend.

Schon am 7. Februar 2017 veranstaltete die Bürgerinitiative gegen die Abtretung des Flughafens Chania eine Pressekonferenz gemeinsam mit Vassilis Alevizopoulos, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Angestellten in der griechischen zivilen Luftfahrt *OSYPA*. Dabei wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen kritisiert, dass Fraport offensichtlich nicht in der Lage sei, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, insbesondere auch nicht hinsichtlich der zugesagten Investitionen in die Infrastruktur der Flughäfen – versprochen sind 300 Mio. Euro in den nächsten vier Jahren. Alevizopoulos kritisierte in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass Fraport unqualifizierte Personen nach nur einem Monat Schnellschulung im Fluglotsenbereich einsetze und so die Sicherheit des Flugverkehrs gefährde.

Die Kritiker argumentierten schließlich, dass der Konzessionsvertrag rück-abzuwickeln sei, da Fraport nicht in der Lage sei, seine eingegangenen Vertragszusagen termingerecht zu erbringen.

Fraport selbst versuchte, die Stimmung durch Erklärungen gegenüber *Ef.Syn* zu beruhigen: Alles in Butter! Fraport habe schon 400 Personen eingestellt, es sollen weitere 150-160 dazukommen und am Ende seien 96 Prozent des Personals Griechen. Man stehe in einem guten Verhältnis zu den Gewerkschaften, und die Zusammenarbeit mit den Ministerien klappe vorzüglich. Nur noch einige praktische Fragen wie die sanitären Anlagen müssten geklärt werden. Die Finanzierung sei selbstverständlich gesichert – allerdings ohne dazu nähere Angaben zu machen.

Am 20. Februar 2017 haben nun die Bürgerinitiative und die genannten drei EU-Parlamentarier den Druck in einer gemeinsamen Veranstaltung in Chania verstärkt. Angesichts der jüngsten Verschiebung der Zahlung der zugesagten 1,23 Mrd. Euro von Fraport an die griechische Regierung sei ein Spielraum für die Kündigung der Konzession entstanden. In die gleiche Richtung argumentiert auch der regionale Parteiverband von Syriza: »Wenn nach dem Inkrafttreten der Abtretung der Konzessionär nicht in der Lage ist, seinen Pflichten und seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, erhält der Staat die Möglichkeit zur Vertragskündigung.«

Als neue, jetzt vierte Frist für die Vertragsumsetzung und damit für die Zahlung der 1,23 Mrd. ist nun der 15. März 2017 festgelegt worden. Wir werden sehen, was bis dahin passiert.

Unterdessen haben die Mitglieder der »Bürgerinitiative gegen den Verkauf des Flughafens« schon Anfang Februar versucht, aktiv zu werden: Den Fraport-Mitarbeitern waren bis Ende Januar Räumlichkeiten am Flughafen Chania zur Verfügung gestellt worden, um die Übernahme vorzubereiten. In einer »Begehung« fordert die Bürgerinitiative, den nun unberechtigten Aufenthalt dieser Personen zu beenden. Es handele sich um eine illegale Besetzung öffentlichen Eigentums. Der Kommandant der Polizeistation hat dies mit der Begründung abgelehnt, dass dazu ein Gerichtsbeschluss erforderlich sei. Ein Verwaltungsvertreter hat zugesagt, die Luftverkehrsbehörde in Athen zu kontaktieren, um die Legalität der Anwesenheit von Fraport-Mitarbeitern am Flughafen zu klären.

Der Text ist am 21. Februar 2017 auf der Internetseite Griechenlandsolidarität (www.griechenlandsoli.com) erschienen. Dort finden sich auch Quellenangaben und Links zu den griechischen Presseberichten.

* *Ralf Kliche ist aktiv in der Griechenlandsolidarität*

Anmerkungen:

1 *Die hier genannten Artikel gehen auf die Recherche von Triantafillia Thiesing-Kostopoulou zurück. Ohne ihre Anregung wäre dieser Artikel nicht geschrieben worden. Danke!*

2 *LAE ist die Syriza-Linksabspaltung um Lafanzanis nach der Unterschrift von Tsipras unter das dritte Memorandum. Chountis hat sein Mandat im EU-Parlament noch zu Zeiten der ersten Legislaturperiode von Tsipras von dem ausscheidenden Manolis Glezos als Nachrücker übernommen*

Die Maschine in

Aktionsvorschlag: Amazon einen schwarzen

Unter dem Titel »Make Amazon Pay! – Wir sind keine Maschinen« erschien Ende Februar ein Aktionsvorschlag der »FreundInnen der Selbstbestimmug« zur Wiederbelebung des diesjährigen Weihnachtsgeschäfts in der virtuellen Welt, der allerdings nicht darauf zielte, dem weltgrößten Online-Händler noch mehr Einnahmen zu bescheren, sondern den seit vier Jahren für einen Tarifvertrag streikenden KollegInnen »am Band« den Rücken zu stärken – und zwar durch solidarische Blockaden der virtuellen ebenso wie der realen Amazon-Logistik. Der explizit als Diskussionsvorschlag angelegte Beitrag stellt dabei weniger die Anbindung an den Einzelhandelstarifvertrag ins Zentrum, sondern die Unternehmensstrategie der »Smartifzierung«, also die möglichst umfassende elektronische Erfassung und Kontrolle von Arbeitsprozessen, mit ihren Konsequenzen für den niedergelassenen Einzelhandel ebenso wie für permanente Selbstoptimierung der Individuen. Eine neue Phase des Maschinensturms? ver.di nimmt die geplanten Aktionen wohlwollend zur Kenntnis, gibt derzeit aber keine offizielle Stellungnahme ab.

Wir haben einen praktischen Vorschlag zur Unterstützung der streikenden Amazon-Belegschaft gegen die algorithmische Fremdbestimmung ihrer Arbeit. Längst geht es den kämpfenden MitarbeiterInnen nicht mehr allein um die Durchsetzung eines Einzelhandelstarifs, statt der Anlehnung der Bezahlung an niedrigere Logistik-Löhne. Längst stehen bei dem seit nunmehr vier Jahren andauernden Arbeitskampf die Arbeitsbedingungen selbst im Fokus der Auseinandersetzung: Amazons lernende Lagersoftware schreibt Tempo und Ablauf aller Arbeitsschritte bis ins kleinste Detail vor – sogar in der Verwaltung. Bei Amazon ist die vollständige Enteignung des Arbeitsprozesses unter Einsatz modernster Technologie Programm. Sie gibt einen Vorgeschmack auf maschinell optimierte menschliche Arbeit in der anstehenden »vierten industriellen Revolution«, die weit mehr umfasst als die sogenannte Industrie 4.0.

Unser Aktionsvorschlag: offen-offensiv

Zeitgleich zum Streik rund um den vorweihnachtlichen Black-Friday am 24. November 2017, Amazons zentralem Schnäppchen-Tag, blockieren wir einen Amazon-Standort. Hier bietet sich z.B. das Innenstadt-Verteilzentrum im Berliner Kudamm-Karree an. Amazon garantiert BerlinerInnen eine Zustellung der dort lagernden Produkte innerhalb von zwei Stunden (für Prime-Kunden sogar innerhalb einer Stunde). Eine in den engen Seitenstraßen angreifbare Garantie! Begleitet von weiteren analogen und digitalen Widerständen lässt sich vielleicht die fortwährende Ignoranz von Amazon Chef Jeff Bezos gegenüber seinen MitarbeiterInnen und anderen KritikerInnen aufbrechen. In der gesamten Woche vom 20. bis 26. November rund um den Black Friday gibt es immer wieder »Schnäppchen-Deals« und damit täglich ein spürbar erhöhtes Aufkommen an Bestellungen und Auslieferungen – das sollte unsere Aktionswoche sein! Und so könnte sie aussehen:

Europaweit finden Streiks in mehreren großen Distributionszentren von Amazon statt. Auf zahlreichen Bannern steht: »Wir sind keine Maschinen!« Die Zufahrtswege des Innenstadtversandlagers Berlin Kudamm-Karree sind blockiert. Weder können LKW Waren anliefern, noch können die Amazon-Lastenfahrräder und Auslieferungsfahrzeuge das Gelände verlassen. Auf einer Kundgebung vor der Unternehmenszentrale von Amazon Deutsch-

Abfindung für was?

André Halfenberg über gut bezahlte Fehlentscheidungen

Während einenorts angeblich schwarze Kaffeekassen der KollegInnen im Zuge einer plötzlichen Legalitätsoffensive beseitigt werden sollen, erhalten andernorts angebliche Führungskräfte für – vorsichtig formuliert – grenzlegale Kassenvorgänge in ganz anderen Dimensionen Extra-Boni. Kann das mit rechten Dingen zugehen? Es kann, auch wenn es verkehrt ist. Wir dokumentieren einen Text aus der *alternative*, Betriebszeitung für die Kolleginnen und Kollegen im Daimler-Werk Untertürkheim, der das Missverhältnis von Verantwortung und Bezahlung etwas grundsätzlicher ansetzt, als es in den jüngsten Skandalen um das, was bei VW hinten rauskommt, erscheint.

Es muss die Frage erlaubt sein, ob mehr als zwölf Millionen Euro Abfindung, die die Ex-VW-Vorstandsfrau Christine Hohmann-Dennhardt für 13 Monate Arbeit im VW-Konzern kassiert, zu rechtfertigen sind. Christine Hohmann-Dennhardt war von 2011 bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Daimler-Konzern zuständig für Integrität und Compliance. Sie hatte darüber zu wachen, dass alle Mitarbeiter sich an Gesetze, Moral und interne Spieregeln halten.

Bekanntlich muss VW wegen eingebauter Schummel-Software zig Milliarden Euro Strafe zahlen, was in die Amtszeit von Hohmann-Dennhardt fällt. Leidtragende sind wieder einmal die Beschäftigten, die die kriminellen Fehlentscheidungen der VW-Vorstände unter anderem durch Sparprogramme und Arbeitsplatzabbau ausbaden müssen. Die Zeche zahlen wie immer wir in den Fabriken und Büros.

Verschwendung: Der Fisch stinkt vom Kopf her

Daimler hat in den letzten fast drei Jahrzehnten durch falsche Managemententscheidungen Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Edzard Reuter, von 1987 bis 1995 Vorstandsvorsitzender, hatte mit seiner Vision vom Umbau des Automobilunternehmens zu einem »Integrierten Technologiekonzern« 18 Milliarden Euro vernichtet. Sein Nachfolger Jürgen Schrempp, von 1995 bis 2005 Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, wickelte den »integrierten Technologiekonzern« wieder ab und begann den Ausbau des Autogeschäfts. Chrysler wurde übernommen, die Beteiligung an Mitsubishi massiv erhöht. Daimler sollte zur »Welt-AG« ausgebaut werden. Das ist gescheitert, Chrysler und die Mitsubishi-Anteile wurden mit gigantischen Verlusten wieder abgestoßen. Milliarden Euro kostete das Welt-AG-Abenteuer des Herrn Schrempp – Milliarden, die Cent für Cent erst einmal von der Belegschaft erarbeitet werden mussten. Sein Abtritt wurde ihm mit rund 50 Millionen Euro Abfindung und mit Aktienpaketen vergoldet.

1995/96: Erpressung wird zum täglichen Geschäft

1995 übernahm Jürgen Schrempp von Edzard Reuter den Vorstandsposten. Die Milliardenverluste durch unternehmerische Fehlentscheidungen sollten schnell wieder ausgebügelt werden – denn Großaktionäre wollen nur eins: »Profit, Profit, Profit«. Zwölf Prozent Rendite aufs eingesetzte Kapital sollten künftig das Maß aller Dinge sein. Bezahlen mussten das erneut die Beschäftigten. In Untertürkheim bedrohte das Unternehmen Betriebsrat und Belegschaft mit dem Verlust von 2.000 Arbeitsplätzen. Weitreichende Zugeständnisse wurden gefordert, anderenfalls würde bei den anstehenden Investitionsentscheidungen für neue Generationen von Motoren, Achsen

uns stürmen?

Freitag bescheren

land in München wird der Deutschland-Chef Ralf Kleber getortet. Die Homepage von Amazon ist nicht erreichbar. Solidarische Amazon-KundInnen schicken in dieser Woche vermehrt (versandkostenfreie) Bestellungen ab und wieder zurück und legen den Retouren solidarische Botschaften an die Belegschaft bei. Die wahrnehmbar schlechte Publicity und eine ernsthafte Störung der Zustellung, die so sehr auf Reibungslosigkeit »auf den letzten Metern« setzt, treffen das Unternehmen sensibel.

Wir haben ausreichend Zeit, den Vorschlag zu diskutieren und Amazon einen wirklich schwarzen Freitag zu bescheren.

Effizienz-Dressur des Menschen zur Maschine

Amazon-MitarbeiterInnen arbeiten unter enormem Stress. Entgegen ihren Arbeitsverträgen leisten die meisten viele Überstunden und Samstagsarbeit. Streng hierarchisch geben sogenannte *Leader* den Arbeitsdruck über Fehlerpunkte an die *Picker* und *Packer* ihres Teams weiter. Picker »picken« die bestellte Ware aus den Regalen und legen dabei täglich bis zu 20 km zurück – der Tracker misst die Laufleistung über das sekundengenaue Protokoll des Aufenthaltsortes, der Handscanner erfasst alle Arbeitsschritte und gibt den nächsten vor. Kommt ein Picker in Verzug, löst das System Alarm aus: Sein Leader erhält automatisch eine Nachricht auf seinen Bildschirm. Dann kommt es zum sogenannten Feedback-Gespräch. Alles selbstverständlich »ausschließlich zur Prozessoptimierung«. Auch Packer haben eine klare Mindest-Quote: Jede Stunde 200 Einzelpäckchen bzw. 100 Multi-Pakete packen. Doch die permanente Bewertung der MitarbeiterInnen ist alles andere als konsequenzlos: Eine grüne Karte heißt Lob, eine gelbe Karte kommt einer Abmahnung gleich. Bei drei gelben Karten droht die Entlassung. Die Vorgabe: Jeder soll über dem Leistungsdurchschnitt liegen. Was mathematisch unmöglich ist, stellt das dynamische Prinzip kontinuierlicher Arbeitsverdichtung in Konkurrenz innerhalb der Belegschaft dar. Die Folge: ein allgegenwärtiger Zwang zur Selbstoptimierung.

Selbst wenn MitarbeiterInnen Arbeitsaufträge sinnvoll zusammenfassen, um sich unnötige Wege zu ersparen, hagelt es Strafpunkte. Jede Abweichung von der algorithmischen Vorgabe wird sanktioniert – zum Zweck der Standardisierung. Denn Individualität bedeutet den Verlust von Austauschbarkeit. Bei Amazon soll jede MitarbeiterIn jederzeit durch eine KollegIn ersetzbar sein – ohne Effizienzeinbußen bei der Übergabe. Eine Informantin aus der Verwaltung berichtet uns: »Meine Arbeitsanweisungen schreiben mir die exakte Position von Tastatur und Maus auf meinem Schreibtisch vor. Und wo mein Papierkorb unter dem Schreibtisch zu stehen hat, das ist absurd und beklemmend«.

Dequalifizierung durch digitale Fließbänder

Was das Fließband nur rudimentär geschafft hat, macht Amazons Algorithmisierung bis zur Perfektion: die vollständige Quantifizierung, Standardisierung und damit Enteignung und Entwertung von Arbeit – früher nur in der Produktion, jetzt auch in Verwaltung und Entwicklung. Die »Smartifizierung« aller Arbeitsabläufe, also die digitale Vernetzung sämtlicher Arbeitseinheiten, ist dabei der Kern der sogenannten Industrie 4.0. Ähnlich wie bei der algorithmisch optimierten Zuordnung von Nutzer und Anbieter von Dienstleistungen in der ultra-kapitalistischen *Share-Economy* oder besser *On-Demand-Ökonomie* à la Uber und Airbnb. Als nicht unwesentliche Randnotiz sei angemerkt, dass sich darüber nicht nur der Produktions- bzw. Dienstleistungsprozess, sondern auch das Produkt bzw. die Dienstleistung selbst drastisch verändert. Nicht selten werden in dieser vernetzen Vollautomatisierung Vorgänge auf die KonsumentIn abgewälzt – z.B. bei Buchungen oder beim Banking.

In mehr und mehr Bürojobs wird nun ebenfalls der individuelle Arbeitsdruck über Ticket-Systeme mess- und steuerbar gemacht. Was mit exakt definierten Leistungsvorgaben im Service-Bereich und bei typischen Call-Center-Jobs längst üblich ist, wird nun auf scheinbar »kreative« und freiere bzw. selbst-organisierbare Bürotätigkeiten ausgedehnt. Der Büromensch arbeitet künftig wie am Fließband. Firmen versuchen, das notwendige Kreativitätspotential auf wenige, gut bezahlte MitarbeiterInnen zu verdichten.

Das Ergebnis: Einige wenige Jobs in den Entwicklungsabteilungen, bei denen der Mensch dem Computer sagt, was er tun soll. Und immer mehr herabgestufte Jobs, bei denen der Computer dem Menschen sagt, was er tun soll.

Die Abtrennung der auch auf lange Sicht weiterhin den Menschen vorbehaltenen kreativen Jobanteile ist eine notwendige Vorbedingung für eine (zukünftige) Roboterisierung der so entwerteten anderen Aufgaben. Amazons Picker z.B. wird es am modernsten Standort im niedersächsischen Winsen bei Hamburg nicht mehr geben. Hier werden ab Ende 2017 Roboter die benötigten Regal-Segmente zum Packer fahren, der das bestellte Produkt entnimmt und verpackt.

Digitale Arbeitsnomaden – Crowdworking

NiedrigstlöhnerInnen, aber auch Fachkräfte im Bereich digitale Dienstleistungen können sich auf Amazons Plattform *Mechanical Turk* verdingen. [Ja, die Assoziation ist begründet: Das Motiv geht zurück auf einen mit ›türkischen‹ Accessoires ausstaffierten Schach-»Automaten«, der am Hof Maria Theresias entwickelt wurde; gemeint ist ein Mensch, der die Aufgaben einer Maschine übernimmt; Anm. d. Red.] Hierbei gibt es keine Branchen-Grenzen. UnternehmerInnen können sich die billigsten und talentiertesten »Crowdworker« aussuchen.

Den Startschuss zur Nutzung des Schwarms von »Clickworkern« und digitalen Freelancern gab Amazon im Jahr 2006, als das Unternehmen mit dem Vertrieb von CDs begann. Hunderttausende von CD-Covern mussten auf sexuelle Inhalte überprüft werden, bevor sie in die digitale Verkaufsplattform eingestellt werden konnten. Eine Arbeit, die aufgrund uneindeutig zu formulierender Kriterien wenig geeignet war, von einem Computer gelöst zu werden. Amazon erfand daraufhin in Anlehnung an dezentral verteilte Rechner in der Cloud die sogenannte *Crowd* – eine Art »massiv parallelen« menschlichen Rechner. In Umkehrung der traditionellen Mensch-Maschine-Relation fordert der Computer den Menschen auf, ihn bei der Arbeit zu unterstützen. Auf einer digitalen Plattform konnte sich jeder anmelden, um für ein paar Dollar die Stunde CD-Cover durchzusehen. Über diese konkrete Aufgabe hinaus hat Amazon diese Job-Plattform ausgebaut. Amazon stellt nun auf Mechanical Turk beliebigen »ArbeitgeberInnen« für die Vermittlung ihrer Tätigkeit zehn Prozent des Betrags in Rechnung, der für Erledigung des Mikro-Jobs bezahlt wird. Was gezahlt wird, bleibt der ArbeitgeberIn selbst überlassen.

Der Status der MikroarbeiterIn, die einen solchen Job über Amazon vermittelt annimmt, entspricht dem moderner TagelöhnerInnen: Arbeit gibt es nur, wenn welche eingestellt wird. Die Frage nach Arbeitsvertrag und sozialer Absicherung erübrigt sich. Hier regiert die einseitig abänderbare AGB der Vermittlungsplattform und die Willkür des Arbeitgebers. Isabella Mader brachte die Praxis des systematischen Lohnbetrugs auf den Punkt: »Lohndiebstahl ist ein Merkmal, kein Fehler«. Gezahlt wird oft mit erheblicher Verzögerung – manchmal aber auch gar nicht. Wie die Kräfteverhältnisse aussehen, verdeutlicht Amazon auf seiner Webseite: »Falls die Arbeitsleistung nicht Ihren Standards entspricht, lehnen Sie die Arbeit einfach ab und bezahlen den Arbeiter nicht.«

Amazon-go – voll »smartifizierter« Lebensmittelmarkt als Wegbereiter

Einen Vorgeschmack auf Amazons Zukunftsvision einer vermeintlich »smarten« Abwicklung unserer Alltagsabläufe gibt ein jüngst ge-

Fortsetzung auf Seite 12 oben

und Getrieben gegen den Standort Untertürkheim entschieden.

Der »Horrorkatalog« war das volle Programm: Samstag als Regelarbeitstag, Verlängerung unbezahlter Pausen, Streichung bezahlter Dreischichterpausen, Durchfahren von Pausen, niedrigere Einstiegslöhne für neu eingestellte KollegInnen bis zur Anrechnung von Erholzeitpausen. Soweit ein kleiner Auszug der Sparmaßnahmen aus den letzten drei Jahrzehnten.

Abfindungen in dieser Höhe sind moralisch mehr als bedenklich und in keinster Weise zu rechtfertigen. Gewinne stecken die Vorstände ein und Verluste, die sie zu verantworten haben, geben sie an die Belegschaften weiter. Die Vorstände der Autokonzerne sollten für ihre Fehlentscheidung zur Rechenschaft gezogen werden, statt ihnen den Abschied mit einem goldenen Handschlag noch zu versüßen!

Inflationsausgleich und ein bisschen mehr

Hugo Claus zum Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder

Mitte Februar haben sich die Tarifgemeinschaft der Länder und die Gewerkschaften auf einen Tarifabschluss mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2018 geeinigt. Für die Jahre 2017 und 2018 wurde im Tarifvertrag für die Länder (TV-L) eine Entgelterhöhung von zwei Prozent bzw. 2,35 Prozent vereinbart. Außerdem soll es weitere finanzielle Verbesserungen geben, sodass das Tarifergebnis besser ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Das erklärt, warum die zuständige ver.di-Tarifkommission dem Verhandlungsergebnis einstimmig zugestimmt hat.

Hier einige weitere wesentliche Bestandteile des Tarifergebnisses:

- Für 2017 erhalten die Beschäftigten mit einem Monatseinkommen von bis zu 3.200 Euro einen Mindestbetrag von 75 Euro im Monat (anstelle der zwei Prozent).
- In der Entgelttabelle wird es ab 2018 auch für die (mittleren und oberen) Entgeltgruppen 9 – 15 eine neue Erfahrungsstufe 6 geben, die langjährig Beschäftigten eine zusätzliche Entgelterhöhung von drei Prozent eröffnet. Eine vergleichbare Regelung gibt es seit 2016 im Tarifvertrag für die Länder (TVöD) für die Beschäftigten des Bundes und der Gemeinden.
- Der Abschluss beinhaltet eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um zweimal 35 Euro und einen zusätzlichen Urlaubstag für Auszubildende.
- Besondere Zulagen soll es für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder, also SozialpädagogInnen und ErzieherInnen geben. Damit sollen die Differenzen zwischen TV-L und TVöD verringert bzw. ausgeglichen werden.

Fortsetzung auf Seite 12 unten

Fortsetzung von »Die Maschine ins uns stürmen«, Seite 11

startetes Geschäftsfeld. Anfang 2017 eröffnet Amazon in Seattle den ersten Supermarkt, der jegliche Kasse überflüssig macht – auf eine neuartige Weise. Amazon nennt es »just walk out technology«:

Die KundIn registriert sich per Smartphone samt Amazon-App beim Betreten des Supermarkts. Die Regale registrieren über Druck- und Infrarot-Sensoren, welches Produkt entnommen oder auch wieder zurückgestellt wird. Die Zuordnung, welche KundIn das Produkt entnommen hat, übernimmt ein selbstlernender Algorithmus, gespeist über eine große Anzahl automatischer *Tracking*-Kameras inklusive Gesichtserkennung sowie über eine »Vorlieben«-Berechnung, die auf die individuelle Historie aller jemals zuvor bei Amazon gekauften Produkte einer jeden KundIn zurückgreift. Beim Verlassen des Ladens bucht die Amazon-App, ohne jede Kasse, die auf dem Smartphone aufaddierte Summe vom Konto ab.

Amazon will in den USA 2000 dieser Supermärkte eröffnen. Betreibt Amazon einen derart großen technischen und finanziellen Aufwand für Produkt- und KundInnen-Ortung innerhalb des Supermarkts, »nur« um den Job der KassiererIn überflüssig zu machen? Nein. Das ist zwar ein nicht zu unterschätzender »Effekt«, denn immerhin ist dies die zweitgrößte Jobbranche in den USA. Doch Amazon erweitert mit diesem Hightech-Supermarkt in erster Linie den Wirkungsbereich der personalisierten Daten-Analyse seiner Online-Verkaufsplattform auf die (bisherige) »Offline«-Einkaufswelt. Dies ist neben gezielter Werbung und Aufbereitung der Daten für (Kranken-)Versicherungen und andere zahlende Interessenten eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung individueller Preise. Der Einzelhandel hat bereits angekündigt, dass mittelfristig beispielsweise das Bier nicht nur abends teurer als tagsüber sein soll, sondern jeder seinen individuellen Preis zahlen wird. Es geht also darum herauszufinden, wann wer bereit ist, wie viel für ein bestimmtes Produkt zu zahlen. Amazon schafft hierfür nur besonders konsequent die technischen Voraussetzungen. Auch der deutsche Einzelhandel hat bereits »individuelle Preise« in Aussicht gestellt und will deshalb mittelfristig das störende, anonyme Bargeld loswerden.

Amazon überlegt, den frühzeitig patentierten, selbstlernenden Hightech-Supermarkt ähnlich wie seine am stärksten wachsende Branche, die Webservices, an andere Branchenteilnehmer samt Datenmanagement zu »vermieten«. Nachdem Amazon die Welt der Online-Verkaufsplattformen und damit auch den Buchhandel, das Verlagswesen und viele andere Branchen komplett aufmischt und unter seiner zerstörerischen Dominanz neu ordnet, avanciert der Konzern jetzt auch zum radikalen Vordenker und Trendsetter in der klassischen Einzelhandelsbranche.

Amazons Algorithmisierung von mehr und mehr Lebensbereichen – auch jenseits der unmittelbaren Arbeitsbedingungen – vermittelt eine eher trübe Aussicht auf die Zukunft sogenannter »smarter Städte«, in denen soziale Teilhabe an die Fähigkeit und Bereitschaft geknüpft wird, sich mit hinreichend überzeugenden *Timeline*-Daten auszuweisen. Wer von nicht nachvollziehbaren *Scoring*-Algorithmen für »nicht kreditwürdig« erklärt wird, bleibt außen vor. Ausgegrenzt vom Einkaufszentrum, vom Wohnungsmarkt in Innenstadtlagen, von attraktiven Jobs, von weiterführender Bildungs- und Gesundheitsversorgung …

Fortgeschrittene Entmündigung durch Sprachassistenten

Amazons technokratisches Machtbestreben drückt sich in vielen seiner Innovationen aus. Amazons digitale Assistentin *Alexa* wird hierzulande seit Winter 2016 in einem Gerät *»Echo«* angeboten, das über Lautsprecher, hoch-sensitive Mikrofone, Prozessor und W-Lan verfügt. Die AnwenderIn hat das Gerät irgendwo in der Wohnung stehen und kann fortan via Alexa mit dem Internet reden. Neben der befremdlichen Tatsache, dass Amazons künstliche neuronale Netze der Spracherkennung ab nun permanent zuhören (»zur Optimierung des selbstlernenden Systems«) und auf Zuruf reagieren, gibt es einen simplen, aber entscheidenden Unterschied zur bisherigen Interaktion mit dem Internet:

Wer in Suchmaschinen recherchiert, erhält eine Trefferliste und kann eine Auswahl treffen. Der Algorithmus der Suchmaschine bestimmt die Reihenfolge der Suchergebnisse und ermöglicht damit bereits eine weitgehende Lenkung der NutzerIn. Wer Alexa nach demselben Begriff fragt, der hört nur *eine* Antwort. Vielleicht stammt sie aus der Suchmaschine Bing, vielleicht von Wikipedia, vielleicht vom Meistbietenden, in jedem Fall wird man Alexas Worte für bare Münze nehmen – ohne jede Auswahlmöglichkeit.

Sprachsteuerung ermöglicht eine neue, direktere Beziehung vom Mensch zur Maschine – und sie wird Machtverhältnisse verändern. Wenn Sprechen das Interface für den Alltag wird, dann sind die kommunizierenden Computer-Assistenten so etwas wie das universelle Betriebssystem. Die Schnittstelle der smart durchkapitalisierten Zukunft ist das offene Ohr. Wer sie besetzt, dem öffnet sich nicht nur ein Weltmarkt, sondern eine enorme Lenkungsmöglichkeit. Amazon prescht vor und bietet seine Spracherkennung als »Gratisdienst« in der Cloud anderen Software-EntwicklerInnen an, um schnell zum Standard zu avancieren. Sein größter Konkurrent versucht mit seinem zuhörenden Assistenten Google Home ebenfalls Marktanteile zu gewinnen.

Die Zukunftsvision Amazon zerstören!

Wir sollten den Übergang von der Orwell'schen Kontrollmoderne hin zur subtiler lenkenden Postmoderne begreifen und angreifen. Deren *verführende Macht* ist weniger sichtbar, verteilt auf mehrere privatwirtschaftliche Akteure und durchdringt uns tiefer als die *verordnende Macht* klassischer, staatlicher Überwachung. Wir sehen uns mit einem massiven technologischen Angriff auf unser Leben konfrontiert. Dieser versucht uns zu »smarter« eingewobenen MitbürgerInnen und MitarbeiterInnen 4.0 zu transformieren. Die Bedingungen dieser Vernetzung bestimmen Menschenfeinde und Technokraten wie Amazon-Chef Jeff Bezos.

- Gegen eine Algorithmisierung von Arbeit und Leben!
- Gegen den Zwang zur »smarten« Selbstvergesellschaftung aus Angst, abgehängt zu werden!
- Autonomie statt übergriffige Fremdbestimmung in vermeintlicher Selbstverwirklichung!

Der Aktions- und Diskussionsvorschlag der »FreundInnen der Selbstbestimmung« ist am 27. Februar 2017 (auch auf Englisch) erschienen und online hier zu finden: https://linksunten.indymedia.org/de/node/205120 – Kommentare und Weiterverbreitung werden von den AutorInnen ausdrücklich erbeten.

iz3w ▸ Zeitschrift

Rechtspopulismus – Rebellion der autoritären Charaktere

Außerdem: EU gegen Geflüchtete | Debatte um Wachstumskritik | Gedenken an »Trostfrauen«

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

Quer stellen statt quer lesen

ak analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €

Bestellungen und Infos: www.akweb.de

Fortsetzung von »Inflationsausgleich …«, Seite 11

- Zudem gibt es eine Zusage zur Wiederaufnahme von Verhandlungen auf Spitzenebene über die Entgeltordnung (Eingruppierungstarifvertrag), die bis Ende 2018 abgeschlossen sein sollen.

Dabei wird es um strukturelle Verbesserungen gehen, die im Bereich des TVöD schon vereinbart werden konnten (stufengleicher Aufstieg bei Höhergruppierung). Außerdem ist zu erwarten, dass es auch um veränderte Eingruppierungsmerkmale für bestimmte Beschäftigtengruppen gehen wird, z.B. TechnikerInnen, Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst, Lehrkräfte an Schulen).

Die Gewerkschaften hatten Tarifsteigerungen im Gesamtvolumen von sechs Prozent gefordert. Der Abstand der Einkommen zwischen Bund und Gemeinden (TVöD) und Ländern (TV-L) sollte ausgeglichen werden. Diese Ziele sind im Rahmen dieses Tarifkompromisses nur teilweise erreicht worden. Angesichts der begrenzten Durchsetzungsfähigkeit im Tarifbereich der Länder und des hohen BeamtInnen-Anteils an den Beschäftigten der Länder – insbesondere LehrerInnen und Polizei – scheint das Tarifergebnis allerdings auf eine recht große Akzeptanz zu stoßen.

Eine Mitgliederbefragung der Gewerkschaft ver.di zum Tarifergebnis 2017 wird erst Ende März abgeschlossen sein.

Die Beamtenbesoldung wird in den meisten Bundesländern wohl der Tarifsteigerung folgen. Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren die Beamtenbesoldung zwischen den Ländern unterschiedlich entwickelt. Hier sind Differenzen von bis zu 20 Prozent entstanden.

Bösartiger Verriss

Leserbrief zu Rudolf Walthers Eribon-Rezension

Der Beitrag von Rudolf Walther war der bösartigste Verriss eines (linken) Buches, den ich seit langem gelesen habe. Bösartig und verletzend. Vor allem der letzte Satz hat mir die Sprache verschlagen.

Zu Anfang bemüht sich der Autor noch, in einigermaßen neutralen Worten den Inhalt und die Biografie Didier Eribons zu besprechen. Aber danach legt Walther richtig los. Es folgt eine herablassende Denunziation auf die andere. Er wirft dem Autor Phrasendrescherei, ja intellektuelle Minderbemitteltheit (»Schwundstufe von … sexualtheoretisch ambitioniertem Schwachsinn«) vor. Nachdem schon zu Anfang auf die gebrochene Berufsbiografie Eribons hingewiesen wurde, folgt dann der Verweis auf gescheiterte Versuche einer literarischen Verarbeitung der eigenen Biografie. Dies, scheint mir, um danach Eribons Interpretationen so richtig runter machen zu können.

Walther reißt dazu einzelne Sätze aus ihrem Zusammenhang im Buch; Eribons Erklärungsversuche für die politische Entwicklung der letzten Jahre (also rechts rauf, links runter) werden durchweg niedergemacht. Mit Gegenargumenten, die selbst erklärungsbedürftig sind:

Die empirische Basis für Eribons Ansichten sei nicht gegeben? Ich bin froh, dass Rudolf Walther offensichtlich keine solchen Meinungen in seiner eigenen Familie vorfindet, die er sich erklären müsste. Wenn doch, würde mich diese (= seine) Erklärung interessieren.

Eribon rühre Norm, Macht, Herrschaft, Gewalt zu einem Brei zusammen? Wo tut er das? Außerdem: Normen, in die man sich einzufügen hat, sind neuerdings keine Gewalt mehr? Macht ist keine Gewalt? Herrschaft auch nicht? Worte können nicht mehr töten? Sind keine Grundvoraussetzung mehr für den folgenden legalen Mord, also Krieg, Genozid, Pogrom?

Die Mehrheit der FN-Wähler hält

Ungeahnte Konkurrenz

SPD und AfD buhlen um »Arbeitnehmer« – von Elmar Wigand*

Die Sozialdemokratie befindet sich durch ein plötzliches Hoch namens Martin derzeit in einem schwer erklärbaren, medial verstärkten Euphorie-Taumel, der offenbar auch Teile der Bevölkerung erreicht hat – wenn man den Umfragen der Meinungsforschungsindustrie trauen darf. Das könnte auch daran liegen, dass die SPD sich neuerdings – zumindest rhetorisch – wieder stärker für die Sorgen von Beschäftigten und Betriebsräten erwärmt. Doch dahinter steckt nicht viel mehr als die Angst vor der AfD und der Versuch, von Trump zu lernen.

Eins hat Schulz schon geschafft: Er hat das Dauertief namens Sigmar verdrängt. Ob Hoch Martin tatsächlich mehr ist als eine kurze Schönwetter-Periode vor der nächsten Regenfront, dürfte vor allem davon abhängen, wie vergesslich das Wahlvolk insgesamt ist, wie stark die arbeitende Bevölkerung tatsächlich an der Leine von *Bild*, *BamS* und Glotze hängt, wie groß das Bedürfnis nach Vergebung (der SPD-Sünden) ist, die Hoffnung auf Läuterung der großen alten Dame SPD und auf Führung durch einen »Mann aus dem Volke«.

Wer halbwegs bei Trost ist und so etwas wie ein politisches Gedächtnis besitzt, wird einem drögen Apparatschik wie Martin Schulz jedenfalls nicht über den Weg trauen, der als linientreuer Parteisoldat der SPD-Rechten über den Umweg Brüssel und Straßburg irgendwie nach oben gerutscht ist. Aber wer ist schon halbwegs bei Trost in diesen trostlosen Zeiten? Und wer mag heutzutage noch den lästigen Ballast eines politischen Gedächtnisses mit sich herum schleppen? Vier schmerzhafte Stichwörter zur Erinnerung: Agenda 2010, EU-Spardiktat, Griechenland, CETA. Schulz stand in diesen wichtigen Fragen immer auf der dunkeln Seite der Macht. Immerhin: Im weitgehend kompetenzfreien EU-Parlament hat er einst Silvio Berlusconi verbal Paroli geboten. Das ist schon mehr, als die meisten der anderen üppig alimentierten Bankdrücker dort je hinbekommen werden. Laut Google war das im Juli 2003. Danach kam nicht mehr viel.

Drohender Aufstand in der rechten Herzkammer der Sozialdemokratie

Mit ihren zaghaften Andeutungen, die Agenda 2010 leicht anzupassen und eventuell ein wenig gerechter gestalten zu wollen, ist die wiedergeborene Schulz-SPD dabei keineswegs auf ihre Abspaltung »Die Linke« zugegangen – diese hätte vermutlich am linken Rand des parlamentarisch Möglichen noch ewig weiter gegen die Agenda 2010 krakeelen können.

Was die Sozialdemokratie mehr geschockt haben dürfte, ist das drohende Erwachen und Erwachsen eines AfD-Arbeitnehmer- und Gewerkschafts-Flügels aus der rechten Herzkammer der Sozialdemokratie – dem Heartland of Social Democracy. Das ist der Ruhrpott. In diesem Fall konkret: Essen, Sitz von Ruhrkohle AG, ThyssenKrupp, RWE, Aldi-Nord und der Funke-Mediengruppe (WAZ). Home of Ente Lippens, Helmut Rahn und Georg Melches (falls sich hier jemand für Fußball interessiert).

Im Januar 2017 gründete sich die Alternative »Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) in der AfD« – stilbewusst in der Zeche Nachtigall in Witten. Der AVA-Spitzenmann für NRW heißt Guido Reil und kommt aus Essen. Er ist ein Bergmann, IG BCE-Gewerkschafter und enttäuschter SPD-Ratsherr, der im Juni 2016 zur AfD übertrat.[1] Reil wurde dem deutschen TV-Publikum mit freundlicher Unterstützung des WDR-Moderators Frank Plasberg bekannt. Dessen Sendung »hart aber fair« bot Reil am 5. November 2016 die große Bühne, um den rechtschaffenen, ideologisch rechts drehenden Arbeiter zu geben, der die Sprache des Volkes spricht und angeblich dessen Nöte versteht. Dazu passt auch Uwe Witt, der Bundesvorsitzende der AVA. Er hat früher bei Thyssen gearbeitet und war Mitglied der IG Metall.

Die Verlängerung des Bezugs von ALG I zum Zwecke der Qualifizierung, wie sie SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles jetzt ins Spiel brachte (»Arbeitslosengeld Q«), ist eine Forderung, die die AVA kurz zuvor ins AfD-Programm für den NRW-Wahlkampf hieven konnte. Ebenso taucht die Begrenzung von Werkverträgen auf.[2]

Von Trump lernen heißt siegen lernen?

Der AfD-Arbeitnehmerflügel ist derzeit noch schwach ausgeprägt und besitzt wenig Profil – was auch ein Vorteil sein kann. Wer nichts Konkretes verspricht, muss sich auf nichts festnageln lassen. Merkwürdigerweise existieren innerhalb der AfD momentan sogar zwei Vereinigungen, die sich beide als Arbeitnehmerflügel der rechten Sammlungsbewegung verstehen – analog zur Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) oder zur Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in der CDU (CDA). Die mit der AVA konkurrierende Vereinigung innerhalb der AfD heißt »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA). Während der Name der AVA sich sprachlich eng an die AfA der SPD anlehnt, ist der Name AidA eine durchaus intelligente Anspielung auf ver.di.[3]

Beide Arbeitnehmer-Vereine in der AfD stehen bislang in keinem erkennbaren inhaltlichen Widerspruch. Aus Interviews mit Reil und Witt lässt sich folgern, dass die AVA von rechten, standorttreuen und wirtschaftsfriedlichen DGB-Gewerkschaftern sowie gelben bzw. management-treuen Betriebsratsmitgliedern getragen wird,[4] ferner von älteren Arbeitern und Angestellten, die ihr Leben lang geschuftet haben, nun unter dem Stigma von (drohendem) Hartz IV leiden und sich nach unten von vermeintlichen »Hartz-IV-Schmarotzern«, Flüchtlingen, Bulgaren, Rumänen und anderen angeblich »Arbeitsscheuen« abgrenzen möchten.

Dazu passt auch die Forderung von AiDA, die Bezugsdauer von ALG I für »Arbeitsspartaner«[5] und lebenslange Fleißdrohnen zu verlängern: zwei Jahre für Beschäftigte, die mindestens 20 Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben, und drei Jahre, für solche, die über 55 Jahre alt sind und 25 Jahre ›geklebt‹ haben.[6]

Es gibt mehrere Lehren, die offenbar von Strategen verschiedenster Lager aus der erfolgreichen US-Präsidentschaftskampagne von Donald Trump gezogen wurden. Eine wäre: Scheiß auf New York, Kalifornien und Chicago – also die liberalen und gewerkschaftlich aktiven Zentren, die ohnehin traditionell links wählen. Du musst Ohio und Michigan gewinnen! Eben das Kernland, den Rostgürtel, die vernachlässigten Zonen früheren Arbeiterstolzes, wo trotz allem noch Werte wie Ehrlichkeit, Solidarität, harte Arbeit, Zuverlässigkeit, Fleiß, Bescheidenheit und eine direkte Sprache zählen.

Trump konzentrierte sich voll auf eben diese abgewickelten Industriestandorte, die von der urbanen Elite der USA jahrelang als Flyover-Countries belächelt und deren Bewohner als Rednecks und Hillbillies arrogant abgetan wurden. Daher dürfte der Versuch der SPD rühren, mit Martin Schulz eine Figur aufzubauen, die der AVA im ehemaligen Kernland der SPD erfolgreich entgegen treten kann. Schulz hat zwar nie in der Kohle- oder Stahlindustrie gearbeitet, er kommt auch nicht aus dem Pott, aber zumindest aus dem benachbarten Würselen am Niederrhein. Er stammt tatsächlich – wie vor ihm Gerhard Schröder und Joschka Fischer – aus der Arbeiterklasse. Der *Handelsblatt*-Herausgeber Gabor Steingart mokierte sich sogar öffentlich darüber, dass der Kanzlerkandidat Schulz kein Abitur habe (!)[7] und leistete damit unfreiwillig Schützenhilfe bei der Erschaffung des neuen Hoffnungsträgers. Martin Schulz gelang es ferner geschickt, in Interviews zu platzieren, dass er früher mal Alkoholiker und Arbeitsloser gewesen sei und daher wisse, wie es sich anfühle, ganz unten gewesen zu sein. Jeder verdiene eine zweite Chance.[8] Nach solchem Balsam auf

Fortsetzung auf Seite 14 oben

sich für Mittelschicht? Kennt Walther nicht das Auseinanderfallen von ›objektiver‹ Niedriglohnsituation und eigener Verortung als Mittelschicht? Genauer: der gegenüber Befragungsinstitutionen geäußerten Verortung. Wie sich diese Menschen selbst wirklich sehen, wissen wir alle nicht.

Arbeiter ziehen in die Vorstädte und verbürgerlichen sich? Kein neues Phänomen. Wer will nicht aus beengten Verhältnissen und als unerträglich empfundenen sozialen Umständen entfliehen? Wie lebt Rudolf Walther denn so? Meine Beobachtung ist jedenfalls, dass die ganzen Salonlinken, die während ihrer Studienjahre so gerne im hippen Migrantenviertel wohnen möchten (weil es da so bunt ist), sich spätestens dann, wenn die eigenen Kinder in die Schule kommen, flugs in die weißen Stadtteile verabschieden. Dürfen das Arbeiterfamilien nicht? Der bewusste proletarische Arbeiter, der nichts anderes sein will als Proletarier am Band und mit vier Personen in der 60 m² Wohnung wohnen, war schon immer das Phantasma orthodoxer Linker.

Die Hälfte der Menschen in den abgehängten Regionen gehen nicht mehr wählen? Sie wählen nicht mehr links? Wenn Arbeiter rechts wählen, liegt das am Niedergang der KPF?

Wäre schon interessant zu erfahren, warum das alles so ist. Vor allen der Niedergang der KPF. Und ob das vielleicht etwas mit »uns Linken« zu tun haben könnte: unseren Biografien, unseren Lebenslügen, unserem Opportunismus. Und mit unserer Sprache, denn linke Sprache ist heute fast deckungsgleich mit akademischem Jargon; mit dem Hauptaugenmerk, so scheint mir, auf politisch korrekter Orthografie und Grammatik.

Auch wenn ich nicht alle Thesen Eribons teile, habe ich sein Buch als äußerst anregend empfunden; dass jemand den Mut hat, seine eigene Biografie zum Ausgangspunkt für ein Nachdenken darüber zu machen, wieso sich alles in diese schreckliche Richtung entwickelt hat. Was Eribon über sich, seine Eltern, die Arbeitswelt, das ganze Arbeitermilieu geschrieben hat, einschließlich all seiner Widersprüchlichkeiten, kam mir sattsam bekannt vor. Ich finde, sein Buch sollte uns Anlass sein zur kritischen (Selbst)Reflexion über unser eigenes Treiben. Und nicht zum Niedermachen.

Ein Satz von Eribons Vater hat mich aufhorchen lassen, nämlich seine Begründung, warum er Studenten nicht mag: »In zehn Jahren kommen sie wieder, um uns zu regieren«. Ist es denn nicht so? Darüber lohnt es sich, mal nachzudenken.

* *Wilfried Schwetz hat zu Organizing- und Kampagnenstrategien gearbeitet und lebt als freiberuflicher Researcher in Hannover.*

contraste
zeitung für selbstorganisation
390 34. JAHRGANG MÄRZ 2017 4'50 EUR

SCHWERPUNKT
NEIN ZUM KRIEG
www.contraste.org

Fortsetzung von »Ungeahnte Konkurrenz«, Seite 13

ihrer Seele haben wohl viele gedürstet.

Die AfD dürfte von Trump gelernt haben, dass eine große Menge widersprüchlicher Aussagen, selbst die Existenz paralleler Organisationen wie AVA und AidA, in Zeiten des medialen Dauerbombardements nicht mehr als absurd, unausgegoren und unseriös gelten müssen, sondern zum entscheidenden Vorteil gereichen könnten. So kann sich jedeR aus dem Sammelsurium an Botschaften und Versprechungen das herauspicken, was er oder sie gern hören und im überstrapazierten Gedächtnis behalten möchte.

AfD will gelben Anti-Betriebsrats-Mob gesetzlich verankern

An einer Stelle lassen die Arbeitnehmer in der AfD dann doch mal die Hosen runter und zeigen ihren nackten Arsch. Während der DGB bereits 2016 eine Kampagne »Stop Union Busting!« eröffnete, die sich gegen die systematische Zermürbung von Betriebsräten richtet,[9] fordert AidA das genaue Gegenteil: Die Stärkung von gelben Mobs aus der Belegschaft, die vom Management und von Union Busting-Beratern dazu angeleitet und angestachelt werden, während der Arbeitszeit Unterschriften gegen gewählte Betriebsräte zu sammeln und Stimmung gegen eine allzu selbstbewusste und konfliktbereite Politik ihrer demokratisch gewählten InteressenvertreterInnen zu machen. Solche vom Management gesteuerten Kunstrasen-Initiativen gehören seit Jahren zu den Standardrezepten des Union Busting, wie sie etwa Dirk Schreiner + Partner, Helmut Naujoks, Hogan Lovells und andere vermitteln.

AidA will diesen Mobs zur Spaltung der Belegschaft nun gesetzlichen Status verleihen:

»Mit einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes möchten wir erreichen, dass der Belegschaft eines Unternehmens die Möglichkeit eingeräumt wird, die Amtszeit des Betriebsrates vorzeitig zu beenden. Das kann bspw. durch die Einführung eines durch einen Misstrauensantrag (sic!) erfolgen, für den sich 2/3 der Belegschaft aussprechen.«[10]

Im Gegensatz dazu entdeckt das SPD-Zentral-Organ *Vorwärts* die »Stärkung der Mitbestimmung« als Ziel. Endlich, möchte man ausrufen, doch dahinter stecken bei genauerer Betrachtung bloß Floskeln und das weitere Ausmalen der Schein-Idylle vom Wirtschaftswunderland und seiner weltweit gepriesenen Sozialpartnerschaft: »Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz auf unsere funktionierende Sozialpartnerschaft.« »NRW ist das Mitbestimmungsland Nummer eins in Deutschland.« Den LeiharbeiterInnen bei ThyssenKrupp, RWE, den KassiererInnen von Aldi und den ZeitungsausträgerInnen und Putzfrauen der Funke-Mediengruppe wird das wie Hohn in den Ohren klingen.

Manche sind nur scharf auf Aufsichtsratsposten

Der NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer stellt im Vorwärts die Bundesratsinitiative seiner Landesregierung »Mitbestimmung zukunftsfest gestalten« vor, die zum Ziel habe, »die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu stärken und weiterzuentwickeln.«[11]

Doch unter Mitbestimmung versteht die SPD in erster Linie nicht die Interessenvertretung durch Betriebsräte, sondern die Entsendung von verdienten Gewerkschaftsfunktionären in Aufsichtsräte. Auch diese Art der Mitbestimmung wird in Deutschland tatsächlich zunehmend durch offenen Rechtsbruch verhindert oder durch Standortverlagerungen nach Luxemburg und andere Schlupflöcher umgangen, die z.B. das Europarecht bietet.[12]

Doch für drangsalierte Betriebsräte, die an der Front des alltäglichen Klassen-Klein-Kriegs tapfer die Stellung halten und sich verschiedenster perfider wie illegaler Zermürbungsversuche erwehren müssen, sind Aufsichtsräte und deren Sitzungen sehr weit entfernt. Für genau diejenigen, die tatsächlich den Kopf hinhalten, hat die SPD nach wie vor nichts Zählbares parat.

Immerhin pumpt die NRW-Landesregierung zusammen mit dem DGB-VHS-Bildungsträger »Arbeit und Leben« und dem EU-Sozialfonds erhebliche Mittel in die Initiative »work-watch / Fair im Betrieb« um den Enthüllungsjournalisten und RTL-Star Günter Wallraff und die ehemaligen WDR-Journalisten Albrecht Kieser und Gerhard Klas. Ob sich die Kölner Anti-Bossing-Aktivisten wohl damit fühlen, als Feigenblatt für den SPD-Wahlkampf herzuhalten? NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer (SPD) heftet sich deren Arbeit im Wahlkampf jedenfalls genüsslich an die Brust: »Auf Landesebene laufen parallel unsere Initiativen zur Stärkung der Mitbestimmung weiter. Dazu zählt die NRW-Initiative ›Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb‹. Wir unterstützen mit Beratungsangeboten zum Beispiel Betriebsräte, die in ihrer Arbeit behindert werden.«[13]

Doch im Wahlkampf zählen konkrete Gesetzesänderungen und Reformvorhaben. Alles andere sind sozialpsychologische Trostpflästerchen. Entsprechende Initiativen zum Schutz von Betriebsräten, die bereits durch die Grünen und die Linke im Bundestag eingebracht wurden, stimmte die SPD, ohne mit der Wimper zu zucken, nieder.[14] Zur Verbesserung der Situation von Betriebsratsmitgliedern und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten ist auch unter Martin Schulz und Hannelore Kraft nichts geplant.

Hierzu würde nach Auffassung der aktion./.arbeitsunrecht e.V. zuallererst ein verpflichtendes Betriebsratsregister gehören, um überhaupt einen Überblick über Stand und Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland zu bekommen. Ganz dringend: Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Aufklärung von Unternehmerkriminalität in Arbeitsbeziehungen, etwa Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz und andere Vergehen.

Das ist derzeit nicht in Sicht, obwohl die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in die Landeshoheit fällt und in SPD-geführten Bundesländern wie NRW jederzeit möglich wäre – übrigens auch in Bodo Ramelows Musterländle Thüringen, in dem »Die Linke« die Regierung anführt. Das alles und noch viel mehr, wäre möglich, wenn der politische Wille vorhanden wäre, tatsächlich etwas zu verändern, anstatt bloß Wahlkampf-Rhetorik zu betreiben.

* *Elmar Wigand ist Redakteur des Blogs arbeitsunrecht.de. Zurzeit recherchiert er mit Werner Rügemer zum Komplex »AfD, Arbeitsrechte und aggressives Unternehmertum – Programm, Praxis & Netzwerke«. Die beiden Autoren suchen dafür noch engagierte MitstreiterInnen. Bitte melden unter: recherche@arbeitsunrecht.de*

Anmerkungen:

1 *Frank Stenglein: »Guido Reil geht zur AfD –eine Tragödie nimmt ihren Lauf«, WAZ, 2. Juli 2016, www.waz.de*
2 *Marcus Bensmann: »Der Arbeiterpakt in der AfD. Der Essener Bergmann Guido Reil soll für die AfD im Arbeitermilieu Stimmen einfangen«, Beitrag vom 11. September 2016 auf: https://correctiv.org*
3 *Aida ist eine der bekanntesten Opern des Komponisten Guiseppe Verdi. Zudem karikiert die AidA-Website das ver.di-Logo, also das gekippte rote Quadrat. Der AidA Slogan lautet: Das neue Rot der Arbeitnehmer ist blau. Siehe: http://aidabund.de/programm/*
4 *Marcus Bensman, Correctiv: »Die Chefs des Arbeiterflügels der AfD, Uwe Witt und Guido Reil, zu ihren Zielen«, Beitrag vom 12. September 2016 auf: www.youtube.com/watch?v=cOgnU86Pkws*
5 *Der Begriff »Arbeitsspartaner« beschreibt einen Typus von Beschäftigten, die auf fraglose Konsensorientierung ausgerichtet sind. Siehe: Silke Röbenack/Ingrid Artus: »Betriebsräte im Aufbruch? Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung im Osten«, OBS-Arbeitsheft 82, Frankfurt a.M. 2015, S. 139*
6 *AiDA, Programm, abgerufen am 26. Februar 2017: http://aidabund.de/programm/*
7 *Jürgen Kaube: »Es fehlt also der Innenausbau«, FAZ, 28. Januar 2017, http://www.faz.net*
8 *Anne Will: »Der Kandidat – Können Sie Kanzler, Herr Schulz?«, ARD, TV-Sendung vom 29. Januar 2017, www.ardmediathek.de/tv/Anne-Will/*
9 *https://www.stopunionbusting.de/*
10 *http://aidabund.de/programm/, unter dem Link »Betriebsverfassungsgesetz«, abgerufen am 9. März 2017*
11 *Rainer Schmeltzer: »Wie die SPD in NRW mehr Mitbestimmung schaffen will«, in: vorwärts, 21. Dezember 2016*
12 *Joachim F. Tornau: »Ganz legal: Mitbestimmungsflucht«, Mitbestimmung 07/2016*
13 *Vera Rosigkeit: »Mitbestimmung: Warum Betriebsräte in Deutschland mehr Unterstützung brauchen«, Interview mit Rainer Schmeltzer, in: vorwärts.de, 27. Februar 2017*
14 *Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: »Mehr Betriebsrätinnen und Betriebsräte braucht das Land«, BT-Drs 18/2750 (Antrag), Beratung und Ablehnung im Bundestag am 1. Dezember 2016, BT-Plenarprotokoll 18/206, S. 20581D – 20592A, http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/626/62671.html*

Dringliches

Recht auf Stadt!

Forum von Aktiven in Frankfurt

Der Kampf für eine »Stadt für alle« und das Recht auf Stadt muss auf allen Ebenen weitergehen! Um diese Herausforderung anzugehen, findet vom 30. März bis zum 2. April das dritte bundesweite Recht auf Stadt-Forum in Frankfurt a.M. statt. Dabei schließen wir an die bundesweiten Vernetzungstreffen der letzten beiden Jahre in Kassel und in Köln an.

Durch einen stärkeren Austausch stadtpolitisch aktiver Gruppen und Initiativen untereinander wollen wir unsere lokalen Kämpfe stärken und Strategien zur Wiederaneignung städtischer Räume weiterentwickeln. Ganz in diesem Sinne laden wir Euch herzlich dazu ein, Ende März 2017 in Frankfurt a.M. für ein Wochenende zusammen zu kommen.

Recht auf Stadt, das heißt im Jahr 2017, sich gegen jede Form von Verdrängung und Ausgrenzung zu stellen – sei es wegen der Herkunft eines Menschen oder seiner sozioökonomischen Lage. Der Druck auf die Städte steigt. Bezahlbarer Wohnraum ist mittlerweile flächendeckend zur Mangelware geworden, und massiver Widerstand ist Voraussetzung dafür, der weiteren Verschlechterung der Situation Grenzen zu setzen. Verschärfte Grenzregime und investorenfreundliche Stadtentwicklung machen eine emanzipatorische Politik auf räumlicher Ebene unverzichtbarer denn je. Dabei sind Städte immer noch bzw. gerade heute wichtige Bezugspunkte für soziale Proteste auf unterschiedlichsten Ebenen. Die Stadt bietet den Raum, sich lokal und solidarisch zu organisieren und eine gerechte Verteilung von Ressourcen zu ermöglichen.

Daraus werden sich je nach lokalen Gegebenheiten und Themenschwerpunkte verschiedene Formen von politischer Praxis entwickeln, sei es beim Kampf um bezahlbaren Wohnraum, bei der Verhinderung von Zwangsräumungen oder beim nachbarschaftlichen Austausch über die alltäglichen Zumutungen des kapitalistischen Normalzustands.

Aus diesen verschiedenen Formen von politischer Praxis ergibt sich eine Vielzahl von Erkenntnissen. Wir wollen das Forum dafür nutzen, unsere Erfahrungen zu teilen und Strategien weiterzuentwickeln. Für unsere gemeinsame Diskussion schlagen wir verschiedene Themenschwerpunkte vor, die sich unter anderem mit diesen Fragen befassen: Welche Kämpfe waren bzw. sind erfolgreich, um eine soziale Wohnraumversorgung einzufordern? Welche Alternativen fernab von staatlicher Wohnraumversorgung gibt es? In welcher Form können stadtpolitische Gruppen Einfluss auf kommunaler Ebene nehmen? Inwiefern ist es möglich, radikale Gesellschaftskritik auf kommunaler Ebene auf realpolitische Maßnahmen herunterzubrechen? Wie kann basisdemokratische Mitbestimmung auf kommunaler Ebene aussehen? Wie können wir eine widerständige Praxis aus unserem Alltag heraus entwickeln und uns mit unseren NachbarInnen vernetzen? Wie können wir kontinuierlich an politischen Projekten arbeiten, die nah an den BewohnerInnen sind und von einer Basis getragen werden? Ist es sinnvoll, sich bundespolitisch (beispielsweise) beim Thema Wohnraum in den Wahlkampf einzumischen? Und schließlich: Wie können wir Wohnraum vergesellschaften? Drei Themenschwerpunkte stehen zurzeit schon fest: »Wie Wohnraum vergesellschaften?«, Munizipalismus und Basisorganisierung.

Schlafplätze und Kinderbetreuung können auf Anfrage vermittelt werden. Verpflegung gegen Spende.

Zeit & Ort: *30. März bis 2. April, Studierendenhaus Campus Bockenheim, Mertonstraße 26-28, 60325 Frankfurt am Main*

Weitere Informationen:
http://wiki.rechtaufstadt.net/

Gemeinsam planen gegen G20!

Aktionskonferenz in Hamburg

Von Hamburg bis München, von Barcelona bis Athen, von Toronto bis Sydney bereiten sich AktivistInnen auf die Proteste zum G20 vor – in der ganzen Woche vor dem Gipfel wird Hamburg zum Schauplatz vielfältiger Gegenproteste. Gemeinsam wollen wir den Herrschenden ihre Grenzen aufzeigen und unsere Solidarität und gesellschaftlichen Alternativen gegen ihre mörderische, kapitalistische Zerstörungspolitik präsentieren, die zu immer neuen Kriegen, der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, millionenfacher Flucht und globaler Armut führt.

Viel Arbeit, gute Nerven und ein Systemfehler

Aus dem Arbeitsalltag bei IKEA

Das gelb-blaue Geschäft, das seit dem 17. Oktober 1974 in Deutschland ansässig ist und mittlerweile an 51 strategisch wichtigen Standorten im Land Einrichtungshäuser für die lieben KundInnen gebaut hat, verlangt auch seinen MitarbeiterInnen einiges ab. Wir dokumentieren den Beitrag eines Kollegen, der in seiner ursprünglichen Fassung als Rede auf einer Betriebsversammlung gehalten wurde. Er arbeitet als Küchenplaner und ist Vertrauensmann von ver.di.

Als Küchenplaner und Berater für die Kunden bin ich selbst ein laufender Informationsstand geworden. Bei der Menge an Kunden, die uns hier tagtäglich begegnen, wird einem ganz sicher nie langweilig und man erlebt so einiges. Wir bekommen jede Woche von der Abteilungsleitung die aktuellen und die gewünschten Umsätze genannt, vergleichen diese mit anderen IKEA-Häusern, hören von Seiten der Geschäftsleitung, wie viele Küchen man bei dem aktuellen Personalstand eigentlich verkaufen müsste, und haben teilweise Zeitvorgaben für Kundengespräche.

Einen Teil des innerbetrieblichen Ablaufs möchte ich gerne schildern, nämlich die Arbeit während und nach dem Umbau unserer Abteilung.

Wie schnell sich IKEA an den Markt anpasst und manchmal auch anpassen muss, ist immer wieder erstaunlich. Ein Muss wurde in unserer Filiale in Wallau bei Wiesbaden auch in Bezug auf die Einrichtung der Arbeitsplätze von der Berufs-Genossenschaft für Handel und Warenversorgung (BGHW) im Jahr 2015 festgelegt und im Jahr 2016 dann umgesetzt: Die alten 1m²-Stehtisch-Beratungsplätze, an denen man auf einem Quadratmeter zum Teil mit drei Kunden im Stehen oder auf einem Barhocker halb sitzend häufig bis zu zwei Stunden an einem Planungscomputer arbeitete, waren weder ergonomisch noch besonders gut für eine längere Planung am PC geeignet. Die BGHW gab also vor, diese Plätze an die Vorschriften anzupassen. Sie wird dafür ja auch, wie es gesetzlich festgelegt ist, von Unternehmen wie IKEA bezahlt.

Es wurde also umgebaut! Wie immer – auch während der Öffnungszeiten. An den Folgetagen waren wir unglaublichem Lärm schreiender Sägen, hämmernder Hämmer und bohrender Bohrer ausgesetzt. Dieser Dauerkrach wurde immer erst Minuten nach einem entsprechenden Anruf abgestellt. Kollegen trauten sich teilweise gar nicht, dies mitzuteilen, weil sie Angst vor Ärger hatten. Direkt in einer Baustelle einer Tätigkeit nachzugehen, die gutes Planen und Mitdenken voraussetzt, war eine starke Belastung. Vor dem Umbau hieß es, es werde diesen starken Krach nur geben, wenn das Haus nicht geöffnet ist. Das klappte leider, wie schon bei einem Umbau zwei Jahre zuvor und wie bei dem Umbau der Bettenabteilung, nicht.

Alter Stress in neuen Büros

Leider wurden vor dem Umbau viele gute Kollegen vom IKEA-Callcenter zum Hotline-Planen abgeworben, und dann müssen natürlich neue Kollegen erstmal eingearbeitet werden. Bei dem umfangreichen Wissen, das man benötigt, um gut Küchen verkaufen zu können, dauert diese Einarbeitung auch noch an. Inzwischen haben wir aber ein gutes Team qualifizierter Mitarbeiter, wir haben mehr »Köpfe«, wie es bei IKEA heißt, und mehr Stunden, und wir schaffen es jetzt auch, fast alle Kunden zu bedienen.

Schlussendlich haben wir durch den Umbau auch ein neues, frisches Erscheinungsbild bekommen. Der Kunde wird durch die schön gestalteten Räume und die neuen Planungsplätze mit 4m x 80cm eingeladen, bei uns zu kaufen. Wenn möglich, begrüßt sie jetzt am Anfang der Abteilung ein freundlicher »Grüßer«. Kurz darauf kommt ein »Host«, der den Kunden dessen Wünschen entsprechend weiterleitet. Wir arbeiten jetzt mit größeren Monitoren, guten Büro-Drehstühlen, also an verbesserten Arbeitsplätzen. Es gibt jetzt auch ein neues Planungsbüro, in dem man dem Kunden, durch eine Glaswand abgeschirmt und etwas separiert, eine Vollplanung anbieten kann. Trotzdem ist nicht alles eitel Sonnenschein. Durch die Glaswand unseres Planungsbüros sehen die Kunden von außen dauernd hinein und entdecken einen Mitarbeiter, der zum Beispiel mit der Planungskontrolle beschäftigt ist, mit wichtigen Tätigkeiten am Computer oder mit Küchen-Reklamationen. Die Kunden klopfen also an die Scheibe und unterbrechen damit sehr häufig die Konzentration erfordernde Arbeit der KollegInnen.

Die Glaswände sind zudem auch nicht wirklich zur Lärmisolierung des Büros geeignet, zumal sie nach oben offen sind und die Decke des Büros nicht mit schallabsorbierenden Platten bestückt ist. Der Verkaufskrach ist dort also voll wahrzunehmen. Dadurch gibt es keine Ruhe bei den oft komplizierten Planungen und den anderen, dort durchzuführenden Tätigkeiten. Doch die meisten sind abgehärtet und können den Stress gut aushalten. Es kam aber auch schon zu Konflikten unter Kollegen, die eindeutig auf die hohe Arbeitsbelastung zurückzuführen sind.

Warum können wir aber trotzdem meistens so gut verkaufen? Weil wir es gewohnt sind. Die psychische Belastung wird verdrängt, oft zu spät erkannt – und sie kann uns dauerhaft schädigen.

Wir wollen natürlich beim Küchenverkauf noch deutlich besser werden und auch den Umsatz steigern. Ich persönlich bin immer dafür, dass wir uns genau so viel Zeit für den Kunden nehmen, wie es braucht, bis er zufrieden ist. Bei einer Küchen-Vollplanung aber haben wir eine Vorgabe von zwei Stunden, um die Planung inklusive Beleuchtungskonzept, der Bestellung, dem Ausfüllen der Montageformulare und der Termin-Avisierung mit Lieferfragen zum Abschluss zu bringen. Klappt das nicht, darf man gerne einen zweiten Termin machen. Aber wieviel Druck macht man einem Mitarbeiter, der weiß, dass er einen Folgetermin vereinbaren muss, der aufgrund des vollen Terminkalenders erst in zwei Wochen stattfinden kann? »Aber ich dachte, IKEA wäre so schnell?«, hört man dann häufig vom Kunden. Wir müssen ihm dann möglichst geschickt die Verzögerung näher bringen, und oft bleibt der Kunde dann zumindest während des Gesprächs auch guter Dinge. Aber wie fühlt man sich da als Mitarbeiter? Was denkt der Kunde später wirklich? Zum Glück ist das schlechte Gewissen schnell verflogen, denn der nächste Kunde wartet schon.

Die Arbeits-Geschwindigkeit ist selbst bei einem Beratungs-Blitz begrenzt, weil der Kessel schon voll glühender Kohle ist und ich als ICE, also IKEA Customer Expert, mit Hochgeschwindigkeit durch den Tag heize und eine immer freundliche, dauerhaft glühende Verkaufsmaschine geworden bin. Wenn man dauernd weiter Spiritus ins Feuer schüttet, brennt es zwar kurz mal heißer, aber auch viel schneller ab. Ich denke, dass jeder bei uns im Haus an seinem Limit angekommen ist – und wenn er sich selbst überschätzt sogar darüber hinaus.

Ein Mitarbeiter soll in der Mitte zwischen zwei Kunden sitzen. Als Host, also Steuerer, muss er deshalb vorher geschickt in Erfahrung bringen, ob einer der beiden Kunden bereits eine komplette Küche und nur ein paar Fragen hat oder ob er noch plant und wie viele Fragen damit verbunden sind. Dabei muss er versuchen, einen Kunden komplett zu bedienen und die Küche zum Abschluss zu bringen, während er dem anderen Kunden nebenbei Unterstützung zukommen lässt.

Wenn der Kunde alles zu wissen glaubt und auch eine sogenannte Einweisung erhalten hat, dann aber doch noch einige Fragen zwischendurch aufkommen (gerade auch wegen unseres fehlerhaften Planungsprogramms), wird der Host in seiner Ideenumsetzung unterbrochen. Das ist gewollt: Wenn Du Fragen hast, wende Dich einfach an den Berater neben Dir, der auch den anderen Kunden gerade bedient. Das Prinzip ist: ein Mitarbeiter für zwei Kunden gleichzeitig…

Das vorgegebene Konzept kann so selbstverständlich nicht 1:1 umgesetzt werden. Als Mitarbeiter an der Basis muss man sich Ge-

Fortsetzung auf Seite 16 oben

Weltweit erstarken reaktionäre und autoritäre Regime und Bewegungen, die die Verschlechterung der Lebensbedingungen für alle weiter forcieren. Wir laden alle, die sich dem gemeinsam mit uns widerständig und ungehorsam entgegenstellen wollen, vom 8. bis 9. April 2017 nach Hamburg ein, um auf der zweiten Aktionskonferenz unsere Ideen und Vorstellungen auszutauschen und eine gemeinsame Choreographie der Protestaktionen zu planen.

- ***Auf zur zweiten G20-Aktionskonferenz***

Am 7. und 8. Juli 2017 wird in Hamburg der G20-Gipfel stattfinden.
Dagegen regt sich breiter gesellschaftlicher Widerstand: Plattformen entstehen, Bündnisse bilden sich lokal, überregional und auch international. Geplant sind bislang ein ›Gipfel für globale Solidarität‹ (5./6. Juli), eine Vorabenddemonstration am 6. Juli, ein Aktionstag am ersten Gipfeltag (7. Juli), mit dem der reibungslose Ablauf des G20-Machtspektakels empfindlich gestört werden soll und eine internationale Großdemonstration am Samstag, den 8. Juli. Eingerahmt werden die Aktivitäten von Protestcamps in der ganzen Stadt, in denen sich die vielen tausend AktivistInnen aus aller Welt zu gemeinsamen Aktionen versammeln werden.

- ***Vielfältig, bunt und widerständig***

Der Startschuss fiel Anfang Dezember: Zu hunderten kamen AktivistInnen nach Hamburg, um in die konkrete Vorbereitung zu gehen. In einer Vielzahl von Arbeitsgruppen wird der lokale Widerstand in den Stadtteilen organisiert, bereiten sich feministische und Jugendgruppen auf Aktionen vor, werden Nachttanzdemonstrationen und Raves, werden Blockaden des Gipfels und des Hafens geplant und eine gemeinsame Choreographie der Proteste diskutiert.
Machen wir mit unserem entschlossenen Widerstand deutlich, dass die selbsternannten RetterInnen der Welt nicht willkommen sind – nicht zum G20 in Hamburg oder anderswo!

Zeit & Ort: *8. April, 10 Uhr bis 9. April 15 Uhr, Ballsaal im Millerntorstadion (Stadion des FC St. Pauli)*
Weitere Informationen:
www.g20hamburg.org

Antifaschistische Pädagogik

Tagung in Heidelberg

Die Heidelberger Gruppe Akut+C veranstaltet Ende April eine Tagung zu antifaschistischer Pädagogik, die sicher auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit Interessantes bereithält.

Vorträge am Samstag

- Autoritarismus: Ziele und Aufgaben antifaschistischer Pädagogik (Merlin Wolf)
- Pädagogik im Nationalsozialismus (Benjamin Ortmeyer)
- Politische Bildung seit 1945 und der Umgang mit der NS-Zeit – Ein kritischer Rückblick (Katharina Rhein)
- Von der historisierenden Bildung zum Umgang mit rechten Einstellungen am Beispiel gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (Christos Kirizakis)
- Chancen und Herausforderungen einer antifaschistischen Pädagogik an historischen Orten. Überlegungen zur Arbeit mit Jugendlichen in Gedenkstätten (Annika Neubert)

Vorträge am Sonntag

- Zur Kritik antifaschistischer Pädagogik aus der Sicht kritischer Bildungstheorien (Thomas Höhne und Daniel Burghardt)
- »Der blinden Vormacht aller Kollektive entgegen arbeiten« Versuche rassismuskritischer und antifaschistischer Interventionen in der Schule (Nadja Kaiser)
- Pädagogische Strategien gegen Othering und Diskriminierung (Malte Lohmeier)
- »Die Stimme erheben gegen den alltäglichen Rassismus« – Die Seminare »Stammtischkämpfer*innen« des Bündnisses »Aufstehen gegen Rassismus!« (Herbert Schmidt)
- Antifaschismus und Erfahrung. Anmerkungen zu Theorie und Praxis materialistischer Bildungsarbeit am Beispiel der Falken (Julian Bierwirth)

Zeit & Ort: *29. April, 11.45 Uhr, bis 30. April, 18 Uhr, Heidelberg (genauer Ort steht noch nicht fest)*
Veranstalter: *akut+c (IL) in Zusammenarbeit mit dem Studierendenparlament der Pädagogischen Hochschule, dem Studierendenrat der Universität, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Heidelberg*
Weitere Informationen:
https://akutplusc.wordpress.com/
Kontakt: *akutplusc@riseup.net*

Fortsetzung von »Viel Arbeit, gute Nerven...«, Seite 15

danken machen, was man leisten kann. Letztlich wissen nur wir wirklich, wie man gut bedienen und verkaufen kann – und wir geben immer das Beste für unsere Kunden. Den ersten Kunden werden also Mitarbeiter zugeteilt, alle weiteren müssen warten oder bekommen einen Piepser, der ertönt, wenn's losgehen kann mit dem Planungsgespräch. Während sie warten, sollen sie – bestenfalls nach kurzer Einweisung durch für andere Kunden vorgemerkte Kollegen – bereits selbst anfangen zu planen. Die Kunden wundern sich oft, warum sie selbst vorplanen sollen, obwohl ihnen nicht klar ist, wie man den Raum einrichten kann, was dabei zu beachten ist – und ja gerade deshalb zu einem Küchenplaner gehen. Auch für die Planer macht dieses Verfahren keinen Sinn, denn in 80 Prozent der Fälle sieht man, dass notwendige Schritte bei der Selbstplanung nicht erkannt oder eingehalten werden, so dass der Arbeitsaufwand gleich bleibt oder sogar steigt. Seit zehn Jahren plane ich jetzt Küchen und berate Kunden, und wie oft höre ich von Kollegen: »Hätte ich diese Küche von Anfang an geplant und nicht die Ideen, die sich der Kunde bei der Selbstplanung ausgedacht hat, verändern müssen, wäre ich schneller fertig gewesen.« Aber das ist eben das IKEA-Konzept. Warum wir nicht einen anderen, viel logischeren Weg gehen, ist unklar.

Es gibt den positiv motivierten Küchen-Kunden, der gerne Geld hier lassen, aber nicht ewig warten möchte, also der typische IKEA-Kunde, der die kurze Lieferzeit mag und den niedrigen Preis schätzt. Wenn wir diesem Kunden dann sagen könnten: »Wir werden sie gleich bedienen« oder: »Sobald ein Mitarbeiter frei ist, wird er sich für Ihre Küche Zeit nehmen«, wäre das doch fantastisch. Vielleicht noch ein bisschen Personal mehr und man könnte sofort helfen, hätte deutlich weniger Stress und würde bestimmt noch mehr Küchen verkaufen.

Die Mitarbeiter müssen alle top gut geschult sein und das Verkaufen 1a beherrschen. Ein Mitarbeiter hat hier sehr vielen Ansprüchen zu genügen, und der Arbeitsumfang ist in jedem Bereich sehr hoch. Die höchste Qualität ist natürlich nur durch das Sammeln von Erfahrungen in einer Arbeitsstelle mit hohem Stundenvolumen möglich. Teilzeitkräfte können daher aufgrund ihrer geringeren Zeiterfahrung oft nur teilweise den Anforderungen nachkommen; viele von ihnen arbeiten auch nicht freiwillig in Teilzeit und müssen einem zweiten Job irgendwo anders nachgehen. Damit können sie natürlich auch nicht ihre ganze Energie in eine Arbeit stecken, sondern müssen sich diese für den zweiten Job aufheben. Wie gerne arbeitet man in zwei, drei Betrieben, um den Lebensunterhalt zu verdienen? Wie viele der Entscheider und Leiter von Mitarbeitern können das wirklich nachempfinden? Wie viele von denen arbeiten selbst bei verschiedenen Arbeitgebern?

Ich höre häufig das Wort »Köpfe« bei uns, z.B. »Wir haben zwei Köpfe mehr seit letztem Monat.« In dem Kopf stecken aber Sinne und Gefühle und unter dem Kopf steckt ein Mensch, der gerne gut leben möchte, und das geht nur mit einem guten Job. Ein Job, wie ich als Vollzeitkraft ihn habe, mit dem ich zufrieden bin. Aber auch ich muss über jeden Cent, den ich ausgebe, nachdenken. Mein Konto geht trotz kleiner Wohnung, altem Auto und maximal eingestellten 36 Grad an der Wassertherme am Ende des Monats gen Null.

Zum Glück hat mal ein netter Bankdirektor, der Herr Prof. Dr. Dispo, die Möglichkeit der Überziehung der Konten eingeführt. Ein kleines Sümmchen, in Form von Zinsen, zahlt man schon, aber von irgendwas leben muss der Bank-Vorstand ja auch. Was machen eigentlich die ganzen Bankleute, die mich mal persönlich kannten und am Schalter standen, die mir Geld auszahlten und meine Überweisungen entgegen nahmen? Richtig – die haben auch das SB-Konzept. Mal schauen, wann wir Verkäufer, die gerne freundlichen und direkten, sichtbaren Gesprächskontakt aufnehmen, durch Umsatz-Automaten ersetzt werden.
Man stelle sich eine nicht besonders abwegige Zukunft vor, in der solch ein stets lächelnder, gut aussehender großer Berater-Automat, oder bei anderer Vorauswahl auch ein mit seitlich abstehenden Zöpfen ausgestellter, super goldiger, gut gelaunter, auf einem Ganzkörper-Monitor dargestellter Verkäuferinnen-Roboter mit einem süßen, leicht schwedischen Akzent alle Fragen zu Möbeln, die man in die bunte Suchmaschine »Glöggle« eingibt, zu beantworten wissen. Durch Vernetzung und freundliche Mitarbeit aller dann arbeitslosen Kollegen sind diese Automaten natürlich schon vor ihrer Platzierung an strategisch günsti-gen Orten in der Möbelausstellung mit allen möglichen Informationen gespeist worden. Der letzte noch verbliebene Moh'ikea'ner, der den Anschein eines echten persönlichen Ansprechpartners wahren soll, sitzt an einer Infosäule kurz vor den SB-Kassen, die wiederum von einem Roboteraufseher überwacht werden. Die SB-Kassen, wo aktuell ein Überwacher für vier Kunden gleichzeitig zuständig ist, funktionieren auch jetzt schon. Unsere ganze Hetzerei durch die Freizeit und das so oft gesehene »Schnell, Schnell!« der Menschen beim Einkaufen – das ist diese Haltung des Auf-nichts-warten-Wollens; sie ist die beste Begründung der Geschäfte. So müssen zwar die Kunden selbst ihre Ware einscannen und noch mehr selbst machen, dafür sparen sie 5-7 Minuten Zeit an diesem Tag. Das sind bei 50 Jahren, wenn ich etwa 100 mal pro Jahr an Kassen anstehe, ganze 20,8 Tage, die ich anders nutzen kann. Toll, oder?

Expertencheck vom Hotliner

Gut, wir schicken uns dann irgendwann alle selbst nur noch virtuell durch die Möbelhäuser. Wir Onlinekäufer und Faulbesteller tun gerade selbst alles dafür, dass der Mensch den anderen Menschen nicht mehr braucht! Mal schauen, ob wir überhaupt noch etwas dagegen tun wollen oder uns eben dann irgendwann einen Zufriedenheits-Chip einpflanzen lassen.

Ein weiterer Schritt in diese fatale Richtung, die Arbeitskraft zu rationalisieren und so effektiv wie möglich zu verkaufen, stellt jetzt unser sogenannter Expertencheck da. Ein Kunde erhält von uns ein Onlineformular zum Eintragen seiner Daten und Wünsche, dann bekommt er einen Anruf aus einem Call-Center, wo der dort dauernd telefonierende Hotliner die Planung und Einrichtung der gewünschten Räumlichkeit vornimmt. Ich frage: »Braucht's dann bald noch so viele Kollegen vor Ort?« »Klar! Wir werden nur noch viel mehr verkaufen!«, sagt der Chef. Aber haben die Kunden denn unendlich Geld, oder welchem Geschäft gehen sie dann gleichzeitig verloren? Und wenn ja, ist trotzdem irgendwann ein Ende erreicht. Dann können nur noch durch weitere Einsparungen am Personal die Kanten geschliffen, die Zahlen aufpoliert und die ganze Verkaufsmaschine perfektioniert werden. Perfektioniert von externen Unternehmensberatern und durchgeführt von Leitungen, die oft den direkten Kontakt und Aufbau von Vertrauenssituationen mit den KollegInnen meiden, denn sie wissen ja: Es sind denkende und fühlende Mitmenschen. Könnte ja noch einer von denen auf die Idee kommen, seine Meinung zu sagen oder gar traurig zu sein.

Der Schreibtisch bleibt frei von Tränen und Schweiß, Hauptsache es stimmt am Ende der Preis! Es zählt immer nur der maximal mögliche Gewinn. Deshalb haben wir auch deutlich weniger Vollzeitbeschäftigung, als es sich ein Arbeitgeber wie IKEA leisten könnte. Dabei könnten wir alle im Haus weniger Stress haben; vielleicht werden wir ja irgendwann die schöne Zeit zurückbekommen, in der wir trotz deutlich mehr Vollzeitbeschäftigten jedes Jahr den Umsatz weiter gesteigert haben. Obwohl wir, als IKEA (und dieses Wir ist hier IKEA, nicht die Beschäftigten), eine eindeutig positive Umsatzbilanz haben, greifen wir auf das schändlich ausgenutzte Befristungssystem, auf jene nicht immer freiwillig so arbeitenden Teilzeitkräfte und auch auf die wirklich unter Wert beschäftigten Leiharbeiter zurück.

Leiharbeiter, die zwar überall um uns herum wuseln, räumen und ihren Job absolut offensichtlich für unseren Arbeitgeber tun, aber trotzdem nicht so bezahlt, geführt und vor allem integriert sind. Sie schuften sich in Sechs-Tage-Jobs teilweise 200 Stunden pro Monat die Hände wund und dürfen nicht mal an unserer Weihnachtsfeier teilhaben, geschweige denn unsere Sozialleistungen oder Bonuszahlungen mit genießen. Da sie aber ebenfalls zwei Ohren zum Hören und Augen zum Sehen haben, wissen sie um die Ungerechtigkeit des Systems und ordnen somit ihren Stellenwert in der Gesellschaft ein. Dieser Menschenverleih drückt nicht nur ›unsere‹ Arbeitslosenzahl um eine Million, sondern lohnt sich auch noch für die Verleiher. Wussten doch schon Händler vor unserer Zeit hier, dass Sklaverei ein sehr lukratives Geschäft ist. Und wenn man dann noch Möglichkeiten findet, dies legal durchzuführen: #@wie geil ist das denn! LOL!

Nächster Redaktionsschluss: 9. April 2017

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

☐ *Anton Kobel (Hg.):*
»›Wir sind stolz auf unsere Kraft‹.
Der lange und phantasievolle Kampf um die Tarifverträge 2013 im Einzelhandel«,
Hamburg 2014

☐ *Detlef Wetzel (Hg.):*
»Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung«,
Hamburg 2013

☐ *Joachim Hirsch, Oliver Brüchert, Eva-Maria Krampe u.a. (Hg.):*
»Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur«,
Hamburg 2013

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);

☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen
☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin